Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 263. Sonnabend den 10. November 1849.

Preußen.

Berlin, 8. Novbr. Bei der heute angefangenen Ziehung der 4. Klasse 100ster königl. Klassen-Lotterie fiel ein Hauptgewinn von 50,000 Rtl. auf das nicht abgesetzte Loos Nr. 78,629; ein Hauptgewinn von 10,000 Rtl. auf Nr. 6701 nach Elbing bei Silber; zwei Gewinne zu 5000 Rtl. fielen auf Nr. 1998 in Berlin bei Klage und auf das nichtabgesetzte Loos Nr. 49,798; ein Gewinn von 2000 Rtl. fiel auf Nr. 41,163 nach Halle bei Lehmann; 23 Gewinne zu 1000 Rtl. fielen auf Nr. 7622. 9097. 10,396. 16,050. 19,800. 21,338. 28,011. 32,203. 41,225. 43,833. 49,301. 55,905. 56,728. 64,969. 65,457. 70,223. 70,950. 71,024. 71,891. 72,703. 80,907. 81,050 und 81,760 in Berlin bei Rosendorn und 3mal bei Seeger, Breslau bei Schreiber, Bunzlau bei Effmert, Cleve bei Cosman, Danzig 2mal bei Meyer und bei Rotzoll, Düsseldorf bei Spatz, Eilenburg bei Kiesewetter, Königsberg in Pr. bei Borchardt und bei Samter, Marienwerder bei Bestvater, Naumburg bei Vogel, Neisse bei Jäkel, Neumarkt bei Wirsieg, Prenzlau bei Herz, Stettin bei Wilsnach, Tilsit bei Löwenberg und auf 2 nicht abgesetzte Loose; 35 Gewinne zu 500 Rthlr. auf Nr. 13,479. 17,600. 21,673. 25,151. 25,808. 29,121. 29,712. 29,800. 30,131. 31,435. 32,700. 35,160. 39,851. 40,001. 40,593. 45,079. 46,876. 55,509. 55,889. 56,007. 56,694. 57,704. 58,251. 66,474. 67,688. 68,999. 69,155. 69,440. 70,943. 73,886. 74,022. 79,361. 83,918. 84,051 und 84,889 in Berlin bei Aron jun., bei Borchardt, 2mal bei Burg, bei Matzdorff, bei Mendheim und 2mal bei Seeger, nach Barmen bei Holzschuher, Brandenburg bei Lazarus, Breslau bei Schreiber, Düsseldorf bei Spatz, Eilenburg bei Kiesewetter, Frankfurt bei Salzmann, Halberstadt bei Sußmann, Halle bei Lehmann, Liegnitz bei Schwartz, Merseburg bei Kieselbach, Minden bei Stern, Naumburg bei Vogel, Neisse bei Jäkel, Posen bei Bielefeldt, Potsdam bei Hiller, Stettin 2mal bei Wilsnach, Thorn 2mal bei Krupinski, Tilsit bei Löwenberg, Wrietzen bei Pätsch und auf 6 nicht abgesetzte Loose; 49 Gewinne zu 200 Rtlr. auf Nr. 115. 380. 5438. 6354. 10,642. 13,409. 13,900. 14,976. 15,117. 15,240. 16,137. 18,490. 18,592. 18,594. 18,796. 21,507. 23,816. 23,856. 24,523. 26,508. 27,650. 28,563. 28,996. 29,371. 30,735. 34,583. 35,159. 36,009. 38,177. 50,182. 50,268. 50,364. 50,670. 54,532. 54,948. 56,172. 58,650. 59,419. 59,457. 59,998. 63,115. 64,061. 68,831. 70,211. 72,485. 75,788. 76,802. 80,672. und 80,781.

Angekommen: Der Herzog von Beaufort von Brüssel. Der Erbschenk im Herzogthum Magdeburg, Graf vom Hagen von Möckern.

[Widerlegung.] Die Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung vom 5. November enthält eine offenbar aus amtlichen Quellen geflossene Mittheilung über die der dänischen Marine am 5. April d. J. abgenommene Fregatte „Gefion" (s. gestr. Bresl. Ztg.). — Zur Würdigung derselben möge Folgendes dienen:

Der in der Nacht vom 27. zum 28. September gemachte Versuch, die Fregatte nach Kiel zu entführen und in die Hände der dortigen Statthalterschaft, ohne einige Garantie für die deutschen Regierungen, zu bringen, wird auf das Motiv begründet, daß

> mehrseits Befürchtungen laut geworden, daß, wenn auch nach den wiederholten Erklärungen der Organe der königlich preußischen Regierung kein geheimer Artikel, die Auslieferung der Fregatte „Gefion" an Dänemark stipulirend, der Berliner Waffenstillstands-Urkunde vom 11. Juli beigefügt sei, dennoch Vorbehalte oder Unterhandlungen möglicherweise dahin führen könnten, daß eine Ueberlieferung an das selbstständige Schleswig stattfände und somit jenes nunmehr deutsche Kriegsschiff indirekt wieder der dänischen Seemacht anheimfiele.

Daß dergleichen Insinuationen, welche der fragliche Artikel selbst als „hoffentlich ganz und gar ungegründete Gerüchte" bezeichnet, nur mit der größten Entschiedenheit zurückgewiesen und kaum mit völliger Unwissenheit und Urtheilslosigkeit ihrer Erfinder entschuldigt werden, sondern nur aus bösem Willen hervorgegangen sein können, bedarf für den, der die Lage der Dinge und die völkerrechtlichen Verhältnisse kennt, keiner Bemerkung. — Eben so wenig wird es irgend einem Unbefangenen zweifelhaft sein, daß Preußen diese Wegführung nicht zugeben könnte. Die „Gefion" ist nach Kriegsrecht Eigenthum des deutschen Bundes geworden, und allein die Gesammtheit der Regierungen desselben hat Ansprüche auf diese Kriegsbeute. Seitdem Preußen die Führung der dänischen Angelegenheit übernommen, und während seine Truppen den südlichen Theil von Schleswig und den Eckernförder Hafen besetzt halten, ist es den übrigen deutschen Regierungen für die Erhaltung der Fregatte verantwortlich und kann daher weder dem jetzigen Frankfurter Ministerium noch der Statthalterschaft eine Verfügung über dieselbe zugestehen, um so weniger, da es nur zu offenbar ist, daß keine von beiden dieselbe zu schützen irgendwie im Stande wären. Der Versuch einer Wegführung des Schiffs, ohne Mitwirkung und Schutz der preußischen Regierung, unter einer von Dänemark nicht anerkannten Flagge und in einen holsteinischen Hafen, würde schwerlich etwas Anderes zur Folge haben, als eine Wegnahme derselben durch die Dänen, welche Preußen, wenn es jene Wegführung, ohne dabei betheiligt zu sein, zugelassen oder ignorirt, kaum zu einer Reklamation berechtigt hätte. — Das Verfahren der Militair-Behörden hat demnach die vollständigste Billigung seitens der königlichen Regierung finden müssen. — Die neueste Instruktion endlich an den Kommandirenden der Fregatte, Lieutenant Poppe, unter dem 28sten v. M. gerichtet und dahin lautend, das Schiff eher in die Luft zu sprengen oder zu verbrennen, als es in die Hände preußischer Streitkräfte gelangen zu lassen, wird durch folgende amtliche Mittheilung des „Bevollmächtigten für die schleswig-holsteinische Statthalterschaft" motivirt:

> „Eben empfangenem Auftrage zufolge, habe ich die Ehre, an die hohen Reichsministerien der auswärtigen Angelegenheiten und der Marine in Betreff der Fregatte „Eckernförde" nachstehende ergebene Mittheilung zu richten:
>
> „Von einem glaubwürdigen Mann in Flensburg wird von dort am 23sten d. M. an meine Regierung Folgendes geschrieben:
>
> „Aus einer, wie ich nicht zweifeln darf, vollkommen sicheren Quelle erfahre ich, daß der Admiral Steen-Bille, welcher sich gegenwärtig hier befindet, mit dem Obersten Hodges über den Plan, die „Gefion" zu entführen, in der Weise einig geworden, daß dieselbe nach einem Platze gebracht werde, wie Arroesund oder Alsen, unter dem Vorwand, sie dort sicherer zu überwintern. Es sei nicht der geringste Zweifel, daß der Weg von Arroesund nach Kopenhagen dann für die „Gefion" ein sehr kurzer sein werde."

Auf solche, in eine amtliche Mittheilung übergegangene Gerüchte hin ist eine Instruktion erlassen, welche zu charakterisiren nicht nöthig ist. — Der völlige Ungrund dieser geradezu verleumderischen Gerüchte sollte von vorn herein einem Jedem klar sein. Sie waren auch der königlichen Regierung von der Statthalterschaft in Kiel mitgetheilt worden, aber, wie es sich gebührte, unberücksichtigt geblieben; die königl. Regierung konnte einer solchen Anschuldigung gegen den Kommissar der vermittelnden Macht ihr Ohr nicht leihen. Die königlich dänische Regierung aber hat durch ihren hiesigen Gesandten in außerordentlicher Mission, Freiherrn v. Pechlin, ausdrücklich und schriftlich erklären lassen, daß sie ihrerseits an keine Veränderung des Status quo in Bezug auf diese Fregatte denke; sie hat es überdies wiederholt ausgesprochen, daß sie dieselbe als eine durch kriegsrechtliche Erwerbung in das Eigenthum des deutschen Bundes übergegangene Kriegsbeute ansehe, und keinen Anspruch auf Herausgabe derselben mache. — Hiernach könnte es keinen Anstand haben, die Fregatte ruhig im Hafen von Eckernförde behufs weiterer Ausbesserung zu lassen, da sie, sofern der Waffenstillstand besteht und wirklich ausgeführt wird, dort keiner Gefährdung ausgesetzt erscheint. — Da aber die Zustände in Schleswig der Art sind, daß die nächsten Eventualitäten sich nicht mit Sicherheit vorausbestimmen lassen, hielt die königliche Regierung es für wünschenswerth, daß die Fregatte zur Ueberwinterung in einen preußischen Oseehafen gebracht würde, weil sie nur dort mit voller Sicherheit die Erhaltung derselben für die Gesammtheit des deutschen Bundes verbürgen und sie der Bundesgewalt zur Disposition stellen konnte. Sie war aber so weit entfernt, eine gewaltsame Beschlagnahme derselben zu beabsichtigen, daß sie die Verwendung der kaiserlich österreichischen Regierung in Anspruch genommen hat, um die Zustimmung Sr. kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Johann zu einer solchen Hinüberführung, welche natürlich nur unter der anerkannten preußischen Flagge mit Sicherheit geschehen kann, zu erlangen. Sie hat lieber formelle Rücksichten bei Seite setzen, als bedauernswerthe Konflikte herbeiführen und auch nur den Schein einer eigenmächtigen Verfügung über Bundes-Eigenthum auf sich ziehen wollen. — Da inzwischen die königl. dänische Regierung die Ansicht aufgestellt hat, daß in Bezug auf die Fregatte „Gefion", welche bei Abschluß der Convention vom 10. Juni zwar von den kriegführenden Regierungen genommen, aber noch nicht geborgen gewesen sei, während des Waffenstillstandes der Status quo aufrecht erhalten werden müsse, und in Folge dessen Protest gegen die Wegführung aus Eckernförde eingelegt: so hat die königliche Regierung diese Rechtsfrage der vermittelnden Macht Großbritanien, deren Entscheidung in Fragen des Seerechts von besonderem Gewicht sein muß, zur Beurtheilung vorgelegt, und sieht deren Antwort in kurzer Frist entgegen.

(Staats-Anzeiger.)

△ **Berlin**, 8. Novbr. [Parteien. — Deutsche Sache.] Es ist wohl noch nicht oft vorgekommen, daß eie Anzahl von Abgeordneten, welche bei einer Abstimmung in einer wichtigen Angelegenheit zur Majorität gehört haben, eine rechtfertigende Ansprache an ihre Wähler erlassen, wie wir es vor einiger Zeit erlebt haben. Wir meinen die Erklärung von v. Jordan, Walter, di Dio u. A. in Betreff des Beschlusses der ersten Kammer über die Beibehaltung des Art. 108 der Verfassungs-Urkunde. Fühlten die Herren doch die Nothwendigkeit, sich gegen den Vorwurf, eines der wichtigsten Rechte der Volksvertretung weggegeben zu haben, so gut es gehen wollte zu verwahren, oder sollte wohl noch gar die Veröffentlichung einer solchen Erklärung eine Demonstration sein, um die Aufrechthaltung des Beschlusses der ersten Kammer noch möglichst zu sichern? Der schlechten Fassung dieser Ansprache giebt übrigens die Armuth der Gründe wenig nach. Es kommt Alles darauf hinaus, daß sie sich nicht entschließen konnten, der Volksvertretung gegen die Regierung eine solche zweischneidige Waffe, wie es das jährliche Steuerbewilligungsrecht, in die Hand zu geben. Sie haben es daher vorgezogen, sie waffenlos zu machen. — Die in diesen Tagen veröffentlichte Gegenerklärung (in Nr. 261 d. Z.*) von einer Anzahl Mitglieder des Centrums der ersten Kammer, soll von Dahlmann verfaßt sein. — Es steht aber zu erwarten, daß die zweite Kammer sich nun auch dem Beschlusse der ersten in Betreff des Art. 108 anschließen werde, man glaubt, daß dies eines der Werke der Fraktion sein wird, welche sich unter Bodelschwing's (Hagen) Führung zu dem Zwecke gebildet hat, das Ministerium zu unterstützen und jede Opposition wirkungslos zu machen. — Obgleich man in Dresden nicht zufrieden gewesen sein soll, daß der Abgeordnete zum Verwaltungsrath, Herr v. Zeschau, so bald abgereist, und man sogar erzählte, daß in der Person des Herrn v. Nostiz ein neuer Bevollmächtigter herkommen würde, so scheint die deutsche Sache doch immer hoffnungsloser zu werden. Es wäre aber das Traurigste fast, was man erleben könnte, wenn auch die, welche auf die unerschütterliche Beharrlichkeit und Entschiedenheit unserer Regierung in dieser Sache so fest vertraut haben, den Feinden und Gegnern Preußens den Triumph lassen müßten, richtiger geurtheilt zu haben. Möge sich dies nie verwirklichen und ich im Stande sein, Ihnen bald bessere Nachrichten zu geben.

C.C. **Berlin**, 8. Nov. [Bergwerksgesetzgebung. Vermischte Nachrichten.] Die Gewerke der Kreise Siegen, Olpe und Altenkirchen haben bei den Kammern den Entwurf eines Bergwerks-Gesetzes mit der Bitte, um Prüfung und Annahme mit den etwa nöthig erscheinenden Abänderungen eingereicht. Als Prinzipien, welche demselben zum Grunde liegen, werden bezeichnet: „vollständige Freigebung des Berg-

---

*) Die Redaktion hat bei dieser Gelegenheit zu berichtigen, daß die Ansprache: „an unsere Wähler" nicht „Urwähler" überschrieben war, und die Reden von Dahlmann, Camphausen und Kühne beilagen.

bauer; Erstfinderrecht; Einfachheit der Formen bei der Erwerbung des Bergwerks-Eigenthums. Aufhebung jeder Bevormundung, mithin Selbstverwaltung und eine blos polizeiliche Aufsicht des Staats. Einfache Organisation der Bergbehörden. Gleichstellung der Abgaben im Staate, und Verminderung von 5 Prozent vom Reinertrage, sowie Aufhebung aller Privilegien." — Besonderer Werth wird auf die vorgeschlagene „vereinigte Bergbehörde" gelegt, wodurch das Prinzip der Selbstverwaltung verwirklicht werden soll, so wie auf Einführung der Schiedsgerichte bei allen, den Bergbau betreffenden Streitigkeiten. — Das Stammquartier der beiden Berliner Landwehrbataillone wird verlegt werden; das des 1sten Bataill. nach Wusterhausen, das des 3ten nach Spandau. — Die Regimentsverbindung der Landwehrbataillone wird aufgehoben und die Landwehr-Schwadronen werden Linien-Regimentern attachirt werden. — Dem Vernehmen nach hat der König die beiden letzten standrechtlichen Verurtheilungen aus Baden nicht bestätigt, sondern Begnadigung eintreten lassen.

R. **Berlin**, 8. Nov. [Aus dem Mannsfeldschen Bergwesen.] Glück auf! — Es ist eine bekannte Sache und Niemand, weß Köhler-Glaubens er selbst auch sei, mag es leugnen, „daß unser Bergwesen von seinen untersten Fundamenten an einer gründlichen Reform bedarf."

Das Jahr 1806 hat alle Zweige unseres Staatshaushaltes reformirt; alle! bis auf das Bergwesen! Das Bergwesen ganz allein in unserm ganzen Staate hat von dem Unglücke zu sagen, „daß die Verhängnisse des Jahres 1806 spurlos an ihm vorübergegangen sind." Das Bergwesen ganz allein in unserm ganzen Staate ist nicht allein „nicht vorwärts" gegangen, sondern es ist immer weiter und weiter hinter England und Belgien zurückgeblieben. Ihr Herren vom Bergwesen! schaut hin nach Oberschlesien, dem Lande der reichsten Bergschätze, dem Lande, dessen Bergreichthum einst die bewunderte Perle in der Krone unseres Königshauses war. Schaut hin und berichtet mir von der Hungerpest auf den reichsten Steinkohlenschätzen! schaut nur hin und seht, welche Rarität! Und so überall, all überall in unserm ganzen Bergwesen. Der Geist des Regierens, die Maxime des Abwehrens, das Prinzip des Verbietens, mit einem Worte: „der ungeheure Bergzopf" — das ist der Hemmschuh. Der selige Minister Herr v. Motz, veranlaßte vor länger als 20 Jahren den Uebergang des Bergdepartements zum Finanzministerium, dessen Chef er war. Herr v. Motz reformirte das Steuerwesen, Hand in Hand gehend mit dem seligen Minister Herrn Maaßen. Herr v. Motz hatte die Absicht, demnächst auch das Bergwesen zu reformiren. Die Akten müssen Solches wissen, die Tradition weiß es auch. Hätte Herr v. Motz nur noch 3 Jahre gelebt, so wäre die Reform des Bergwesens vollbracht gewesen! Leider starb der ausgezeichnete Mann zu früh und auch Herr Maaßen mußte ihm zu früh folgen.

Der Nachfolger jener beiden Minister, Herr Graf v. Alvensleben war viel zu selbstständig, als daß er irgend unter den Einwirkungen des Berg-Pantoffels hätte sein können. Freie Bewegung war damals noch nicht verboten und ein Rückschritt geschah nirgends.

Seit aber im Jahre 1844 die reichsten Steinkohlenschätze Schlesiens verschlossen, für die Forschung hermetisch verschlossen wurden, seit die Eröffnung von Steinsalzbergwerken durch Privaten, diametal gegen die von Maaßen und Graf v. Alvensleben geübte Praxis offiziell verpönt wurde, seit in Schlesien der Hunger Hoflager hielt, seit in Thüringen in einem einzigen Salzschachte über 200,000 Rtl. Kapital und eine noch weit kostbarere Zeit erbarmungslos ersaufen mußten, seitdem kann man, gelinde gesagt, mindestens nicht vom „Vorwärts" reden. Ich will gern anerkennen, daß der gute Wille des Herrn Ministers, wie die berichteten, in vollem Maße vorhanden sein mag; allein, selbst der beste Wille allein, er reicht nicht aus. Es bedarf der Thaten. Es bedarf der Wegräumung jeder Verzögerung und sollte der Weg zum Ziele selbst mitten durch ein Conclave durchgehen!

Spurlos ist das Jahr 1806 an unserem Bergwesen vorübergegangen. Spurlos sind v. Motz's weise Absichten durch seinen frühen Tod vereitelt. Und spurlos bis jetzt sind die Arbeiten des vorigen Jahres geblieben. Dreißig Jahre des Bedenkens sind hin. Jetzt, mit einer einfachen Gesetzes-Vorlage, noch bis Oktober 1850 hinzuweisen, scheint mir selbst für deutsche Geduld fast zu viel. Ein Conclave möchte Gott gefällig und König und Vaterland nützlicher sein!

Wer sich dreißig Jahre bedacht hat, und dann noch schwankt, der ist schwerlich auf seinem Posten am rechten Orte.

Die Bergbehörde weiß, und als Bergbehörde muß sie es wissen, daß uns das Ausland viel hunderte von Millionen Centnern Steinkohlen, Eisen und Salz bereits geliefert hat und fernerhin liefern wird, wenn's so fort geht.

Die Bergbehörde weiß, und als Bergbehörde muß sie es wissen, daß das Gaslicht vor Königs Schloß aus englischen Steinkohlen ist, während doch Hr. Leopold v. Buch Steinkohlenlager in der Mark Brandenburg selbst vermuthet; daß das englische Eisen schon bis Gleiwitz und bis Trier, also bis an die Thore und bis ins Herz unserer reichen Steinkohlen-Reviere gegangen ist, und daß englisches Salz konstant für unsere östlichen Provinzen bezogen wird, während die Sub-Baltische Ebene Salz genug hat, um außer dem Bedarf des Landes namhafte Quantitüten für den Export in die Ostseelande zu liefern.

Die Bergbehörde weiß dies Alles, und als Bergbehörde muß sie dies Alles wissen.

Die Bergbehörde weiß auch und als Bergbehörde muß sie auch dieses wissen, daß an all diesem Unheil einzig und allein unsere von Grund aus nicht mehr zeitgemäße Bergordnung, resp. Bergunordnung, unser unzeitgemäßes Bergwesen resp. Bergunwesen Schuld ist. Die Bergbehörde hätte alle Ursache, demjenigen Minister, welcher sie von dem ungeheuren Bergzopfe nebst obligatem Ballast erlöset, innigst dankbar zu sein. Die Bergbehörde sollte — und die große Mehrzahl der Bergleute selbst würde dafür dankbar sein. Der Erlöser wacht! Nur möge kein Minister der Bergbehörde zumuthen, daß sie sich selbst entzopfen soll. Die Parole der Bergwerks-Industrie heißt: „Mit Gott für König und Vaterland, Vorwärts! Vorwärts! Vorwärts!"

A. Z. C. **Berlin**, 8. Novbr. [Tagesbericht.] In höheren Kreisen wird jetzt viel von der beabsichtigten Vermählung des Prinzen Friedrich von Hessen, muthmaßlichen Thronerben von Dänemark und Kurhessen, mit der Tochter Sr. k. Hoh. des Prinzen Karl gesprochen. Der Prinz von Hessen war schon mit der Großfürstin Marie, Tochter des Kaisers Nikolaus, welche an der Schwindsucht starb, verheirathet. Wir haben bereits einmal bei der Mittheilung der unlängst erfolgten Hierherkunft des genannten Prinzen darauf hingedeutet, daß man seiner Anwesenheit bedeutsame Zwecke unterlege. — Die elektromagnetischen Telegraphen werden fortwährend vom Publikum so stark in Anspruch genommen, daß sie bald ohne Staatskosten, durch sich selbst werden bestehen können. Es wird unter diesen Umständen von der Regierung beabsichtigt, ihre Gemeinnützlichkeit dadurch noch zu erhöhen, daß der Kostentarif demnächst eine bedeutende Ermäßigung erfährt. Bemerkenswerth ist es, daß im Privatpublikum bis jetzt Geschäftsleute jüdischen Glaubens bei weitem den meisten Gebrauch von jener neuen Einrichtung haben. Es beweist dies aufs neue für die oft wahrgenommene industrielle Rührigkeit jenes Volkes. — Die metallene Gruppe „ein Adler mit ausgebreiteten Flügeln", in dessen Klauen sich eine Schlange windet, welche in Breslau angefertigt wurde, und vor wenigen Monaten in dem königlichen Garten von Sanssouci, vorläufig auf einem gemauerten Postament aufgestellt wurde, um später eine in der Ausführung befindliche Marmorsäule zu zieren, ist, wie wir so eben aus Potsdam erfahren, durch Muthwillen gänzlich verstümmelt worden. Die Thäter hat man bis jetzt noch nicht ermitteln können. Bemerkenswerth ist, daß sich ein Wachtposten in der unmittelbaren Nähe dieser Gruppe befindet, welche jetzt ganz bei Seite geschafft worden ist. Das treubündlerische Volksblatt von de Marle führt eine Zeichnung dieser Grüppe als Vignette. — Meyerbeer, welcher aus Paris nach Berlin zurückkehrt, wird die erste Hälfte des Winters hier verweilen, dann aber sich nach Hamburg begeben, um den Vorstellungen seines „Propheten" beizuwohnen, welcher im Januar künftigen Jahres daselbst zur Aufführung kommen wird. — Aus der zweiten Kammer werden 150 Abgeordnete dem morgigen Minister-Diner im Kroll'schen Lokale beiwohnen. Die Beamten des Ministeriums des Innern haben auf Anregung des Ministerial-Direktors v. Puttkammer, zu Ehren des Herrn v. Manteuffel, ebenfalls ein Gastmahl veranstaltet. Der Treubund wird sich zu gleichem Zweck im Gesellschaftshause versammeln. An anderen und sehr zahlreichen Orten begeht die reichere Bourgeoisie den Tag in festlicher Weise. — Die Demokratie feiert in denselben Stunden, hier und da in denselben Lokalen, das Todesgedächtniß Blums! Die Töne der Volkshymne und des Requiems werden dann vor einem Ohre zusammenklingen — die schrillende Desharmonie der zerfahrenen Zeit! — Aus der Commission, welche unter dem Vorsitz des Abg. v. Auerswald für die zweite Kammer das oktroyirte Preßgesetz vorberäth, verlautet wenig Tröstliches. Die Anträge auf retrograde Abänderungen jenes Gesetzes häufen sich in unglaublicher Weise. Besonders thut sich in dieser Beziehung der Abg. v. Bismark als Mitglied jener Commission hervor. Er hat z. B. das Amendement gestellt, daß jede sechsmal erscheinende Zeitung eine Caution von 4000 Thalern stellen müsse, womit selbstredend dreiviertel der Provinzialpresse vernichtet wäre. Ferner will er, daß stets der Besitzer der Zeitung, niemals der Schriftsteller, verantwortlich gemacht werde, was natürlich zu einer Censur des Ersteren führen würde, die vollständig unerträglich wäre. — Wie wir gestern meldeten, sollte in der Finanzkommission nach einer viertägigen, jedoch nicht über die allgemeinen Prinzipien ausgedehnten Diskutirung des Gesetzentwurfes, die Einkommen- und Klassensteuer betreffend, gestern Abend die erste Abstimmung stattfinden. Deiselbe konnte natürlich auch nur die allgemeinen Prinzipien betreffen. Die erste und Hauptfrage lautete: „Sollen die in § 1 des allgemeinen Abgabengesetzes vom 30. Mai 1820 unter Litt. G angeordneten Klassensteuer, sowie die unter B angeordnete Schlacht- und Mahlsteuer aufgehoben werden?" Diese Frage wurde in Ansehung der Mahl- und Schlachtsteuer mit 10 gegen 8 Stimmen, in Ansehung der Klassensteuer einstimmig bejaht. Beide bisher bestandene Steuerarten sind sonach allgemein und ohne Ausnahme verworfen. Die fernere Frage, ob ein neues Klassensteuergesetz aufgestellt werden solle, hatte nur 7 Stimmen und die dritte Frage nach einer ausschließlichen Einkommensteuer gar nur 3 Stimmen für sich. Dagegen wurde der ministerielle Gesetzentwurf mit 15 gegen 8 Stimmen für die angemessenste Grundlage der ferneren Berathung erklärt. Herr Patow hat übrigens, wie wir vernehmen, seinen gestern bereits erwähnten Plan nicht aufgegeben, sondern beabsichtigt nun ein eigenes allgemeines Klassen-Einkommensteuer-Gesetz einzubringen. 300 Rtl. sollen darnach das Maximum einer monatlichen Klassensteuer bilden. — Der Abgeordnete v. Patow hat nunmehr in seiner Stellung als Oberpräsident von Brandenburg die nachgesuchte Dienstentlassung erhalten, nachdem ihm dieselbe dem Vernehmen nach mehrere Male durch allerhöchste Entschließung verweigert worden war. Herr v. Patow ist reich genug, um als Privatmann unabhängig leben zu können. — Zum morgenden Tage erscheint eine Lithographie mit der Unterschrift: „Der Minister von Manteuffel als Herr Müller in der Schluderschen Weißbierschenke, Linienstraße 44". Man erblickt den Minister in der gedachten Schenke, im Oberrock, eine Stange Weißbier haltend und zu einer aufmerksam zuhörenden Bürgergesellschaft von 8—10 Personen redend. Im Hintergrunde steht die Schenkjungfer. Das Bild ist recht gut gezeichnet und hat das Eigenthümliche, jedenfalls für den Unternehmer Einträgliche, sowohl aus Ernst als aus Ironie gekauft werden zu können.

Der deutsche Verwaltungsrath wird eine Ansprache bei Gelegenheit der Wahlen an die Bevölkerungen der zum Bundesstaat vereinigten deutschen Staaten erlassen. — Die Verhältnisse in Holstein und Schleswig gestalten sich so schroff, daß befürchtet werden muß, Preußen möchte es seiner Würde für angemessen finden, die Truppen zurückzuziehen. — Ueber das neue Wahlgesetz, nach welchem die Wahlen für den deutschen Reichstag stattfinden werden, verlautet aus zuverlässiger Quelle, daß die Abstimmung nicht in Wahlversammlungen, sondern zu Protokoll bei den Bezirksvorstehern geschehen soll, ferner, daß die Theilung in drei Volksklassen innerhalb größerer Bezirke, z. B. für ganz Berlin, erfolgen wird. Durch jene Maßregel wird die Theilnahme an der Abstimmung wesentlich erleichtert werden, durch diese wird der Uebelstand beseitigt, daß in der ersten Klasse auf einen oder wenige Wähler ein Wahlmann kommen kann. (Voß. Z.)

C. B. Der erste Volksverein begeht schon heute eine Feier zum Andenken an Robert Blum in der Friedrichstädtischen Halle, da für Morgen alle Lokalitäten bereits in Beschlag genommen sind. Polizeilicher Seits wird die Blumsfeier dem Vernehmen nach nicht gehindert werden. — In der ersten Kammer ist erst jetzt ein Ausschuß zur Berathung der vom Ministerium provisorisch erlassenen Gewerbegesetze vom 9. Februar zusammengetreten. Graf Pückler hat den Vorsitz, Hr. Milde ist Vicepräsident. Auch der Direktor des statistischen Büreaus geh. Rath Dieterici ist Mitglied der Kommission. — Es hat sehr überrascht, bei dem Ableben des Hrn. v. Kampz zu erfahren, daß die Vermögenslage desselben weit entfernt ist, den Erwartungen zu entsprechen, welche die langjährige Thätigkeit jenes Staatsbeamten und die mannigfachen Dienstleistungen, zu denen er verwandt wurde, erregt hatten.

C. B. [Die am Dinstag gehaltene Sitzung des Freihandels-Vereins,] welcher mehrere Mitglieder beider Kammern beiwohnten, eröffnete Herr Prince-Smith mit einem Vortrage, worin er zu zeigen versuchte, daß das Gewerbegesetz vom 9. Febr. d. J. das Gegentheil von dem bewirken müsse, was seine Befürworter hoffen. Besonders hob er hervor, wie eine Erschwerung des Meisterwerdens durch die angeordneten Prüfungen nicht stattfinden könne, indem immer Ortschaften genug sich finden werden, welche sich aus dem leichten Ertheilen der Zeugnisse eine Einnahme schaffen möchten. Vielmehr werden künftig alle Gesellen, sobald die vorgeschriebene Zeit verstrichen ist, sich Meisterpatente geben und die Meisterwürde so erlöschen lassen, wie der Adel durch allgemeine Ertheilung der Adelsbriefe unterginge. Er wünschte nur, daß in der ersten Kammer die irrigen Prinzipien und Täuschungen, auf denen das Gesetz beruht, klar bezeichnet werden, damit man erkenne, wenn die übeln Folgen sich äußern, daß diese nicht daher kommen, daß man nicht weit genug, sondern in falscher Richtung gegangen. — In der darauf folgenden Debatte widerlegten einige Stimmen aus dem Gesellenstande die über „wildes Treiben" gemachten Vorwürfe durch Vergleiche mit früherer Zeit und Hinweis auf ernste Bestrebung der Gesellen, ihre Bildung selbstthätig zu fördern; auch sprachen

sie ihre Zweifel aus, daß das Gesetz geeignet sei, ein besseres Vernehmen zwischen Meister und Gesellen zu begründen, oder das moralische Ansehen der ersteren zu erhöhen. Herr Born warf dem Gesetze vor, daß es durchweg auf einer Scheidung von Interessen basire, deren Trennung eine rein künstliche und gemachte sei, wogegen die Besserung unserer Zustände nur aus der Erkenntniß hervorgehen könne, daß alle Erwerbinteressen bei freier Bewegung Hand in Hand gehen.

C. B. [Gestern Abend fand im Lokale der Gesellschaft Teutonia eine öffentliche Sitzung des Vereins zur Centralisation deutscher Auswanderung und Kolonisation statt.] Nach einem Berichte des Vorstandes hielt der gegenwärtig hier anwesende chilen. Ingenieur-Major Herr Philippi einen Vortrag über Südchili, in welchem er die verschiedenen geographischen und anderweiten Verhältnisse jenes Landes, durch welche dasselbe sich vorzugsweise als Kolonisations-Objekt für deutsche Auswanderer empfehlen soll, auseinandersetzte und schließlich mittheilte, daß er von der chilenischen Regierung beauftragt sei, in Deutschland für die Auswanderung nach Chili thätig zu sein. Jene Regierung gewährt vornehmlich katholischen Einwanderern schon bei der Ueberfahrt namhafte Unterstützungen. Es wäre wünschenswerth, den allgemein interessanten Vortrag durch den Druck verbreitet zu sehen. — Ein zweiter Vortrag des Herrn Missionairs Dr. Hollair über Afrika, mit Rücksicht auf die deutsche Kolonisation, war von nicht geringerem Interesse, wenn gleich aus demselben hervorging, daß eine deutsche Kolonisation im westlichen Theile Afrika's schwerlich von günstigem Erfolg sein werde. Die Schilderungen des Vortragenden über die Verhältnisse, Produkte und Bewohner von Fernambuko und jenen Theilen Afrika's, des Nigers rc. waren vom höchsten Interesse und werden in Kurzem vollständig in einem Werke über die ganze Reise mitgetheilt werden.

Pz. C. **Königsberg**, 6. Novbr. [Cholera. — Garnisonwechsel. — Ein wackerer Familienvater.] In den Mittheilungen des statistischen Bureaus (Nr. 19) findet sich eine interessante Uebersicht der im preußischen Staate im Laufe des Jahres 1848 an der Cholera Gestorbenen, verglichen mit der Anzahl der an derselben Seuche in den Jahren 1831/32 und 1837 Gestorbenen. Es ergiebt sich daraus, daß unsere Provinz und vornämlich Westpreußen die größten Verluste erlitten hat. Verhältnißmäßig sind in allen drei Choleraperioden in Westpreußen die meisten Todesfälle an der Cholera vorgekommen. 1831 etwa $^{1}/_{5}$, 1837 $^{1}/_{15}$, 1848 $^{1}/_{10}$ aller Todesfälle. In den Jahren 1831/32, 1837, 1848 zusammengenommen starben von 10,000 Lebenden in Westpreußen 1820, darunter 187 an der Cholera; in Ostpreußen 1573, darunter 110 an der Cholera, also $^{1}/_{10}$ und $^{1}/_{14}$ aller Sterbefälle, während in den übrigen Provinzen: in Brandenburg $^{1}/_{18}$, in Pommern $^{1}/_{22}$, in Schlesien $^{1}/_{26}$, in Sachsen $^{1}/_{47}$, in Westfalen $^{1}/_{1668}$, in der Rheinprovinz $^{1}/_{772}$, in Posen allein nur $^{1}/_{14}$ und im ganzen Staate nur $^{1}/_{23}$ aller Sterbefälle an der Cholera erfolgten. — Bei dem bereits angeordneten, wenn auch noch nicht vollständig ausgeführten Garnisonwechsel sämmtlicher Infanterie-Regimenter behält Königsberg seine alte Garnison, das 1. und 3. Inf.-R. Dagegen erhalten die den Bezirk der 3. Infanterie-Brigade bildenden Festungen Danzig (mit Weichselmünde), Graudenz und Thorn andere Infanterie-Besatzungen; nämlich Danzig (nebst Weichselmünde) fünf Bataillone vom 12. und 15. Reg., welche gegenwärtig in Hamburg und Schleswig-Holstein stehen, Graudenz und Thorn zusammen 1 Bataillon vom 15. und 2 vom 33. Inf.-Reg. Das 5. Inf.-Reg., sowie das 4., die ehemalige Besatzung Danzigs, kommen nach Posen und Bromberg. — Aus Danzig wird folgende Mittheilung gemacht: „Einem hiesigen evangelischen Pfarrer, der von seinem Garten öfter die Gefangenen bei der Arbeit beobachtet hatte, war unter diesen ein schon bejahrter Mann aufgefallen, dessen Emsigkeit bei der unfreiwilligen Arbeit auf Fleiß, dessen kummervolle Züge auf tiefen Gram schließen ließen. Der Geistliche fühlte sich an den stillen bleichen Mann angezogen. Er trat zu ihm, knüpfte ein Gespräch mit ihm an und erfuhr, daß es ein ehemaliger königl. Förster sei, welcher das Unglück gehabt hätte, einen fliehenden Wilddieb, als derselbe schon das nachbarliche Revier erreicht hatte, tödtlich zu treffen und er jetzt dafür hier eine dreijährige Strafe als Baugefangener abzubüßen habe, von welcher Strafzeit auch die Hälfte beinahe verflossen sei. Sein eigenes Loos beklagte der Verurtheilte nicht; auch die ihm gewordene Strafe erkannte er für eine gerechte, und nur das Elend, in welches die Verhaftung ihres Ernährers sein armes Weib, seine kleinen unschuldigen Kinder gestürzt habe, nur das sei es, was ihm neben den quälenden Gewissensbissen, den Tod eines Menschen, wenn auch unabsichtlich, verschuldet zu haben, Thränen des Schmerzes auspreßte. Das unverschuldete Elend seiner Familie sei grenzenlos; auf Stroh gebettet stände sie auf, ohne zu wissen, wovon den langen Tag über leben. — Tief ergriffen von der schlichten, das Gepräge der Wahrheit an sich tragenden Rede forschte der Geistliche den Verhältnissen des Gefangenen nach, die das von ihm Mitgetheilte wahr erwiesen, obenein dem Manne das Zeugniß musterhaften Verhaltens gaben. Der wackere Geistliche wandte sich nun unter Darlegung der obwaltenden Verhältnisse an Ihre Majestät die Königin und hatte die Freude, seine Bemühungen mit Erfolg gekrönt zu sehen. Binnen wenigen Wochen war der reuige Uebelthäter frei und fand, als er bei seinem hülfreichen Pfarrer Abschied nahm, ein Schreiben der kgl. Regierung vor, welches ihm vorläufig eine kleine Revier-Jägerstelle zuwies, und ein anderes von seiner Frau, welches ihm mittheilte, wie ihr von Ihrer Majestät ein Gnadengeschenk zur Anschaffung von Kleidungsstücken zu Theil geworden sei."

Magdeburg, 7. Nov. [An sämmtliche Lehrer des Regierungsbezirks Magdeburg] hat die königl. Regierung, Abtheilung für die Kirchen-Verwaltung und das Schulwesen unter dem 27. September d. J., folgendes Reskript erlassen:

„Der Herr Staatsminister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten hat bereits in dem allen Lehrern unseres Departements mitgetheilten Erlaß vom 20. Dezember v. J. bie zuversichtliche Erwartung ausgesprochen, daß der preuß. Lehrerstand, eingedenk seiner Pflicht gegen den Staat und gegen die ihm anvertraute Jugend auch in den neuen Staatsformen die alte Ehre und die alte Treue zu wahren wissen werde. — Es ist darin ferner, in sachgemäßer Unterscheidung, das Verhalten der Lehrer im Amte und die Freiheit der persönlichen Meinung und Ueberzeugung und deren Aeußerung auf dem Gebiete der allgemeinen gesetzlichen Freiheit, also das Verhalten außerhalb des besonderen Amtes als Lehrer, aus einander gehalten, und für die Vergeheu auf dem ersteren Gebiete die Zuständigkeit der Dienstdisziplin, für die letzteren die Zuständigkeit der ordentlichen Strafgerichtsbarkeit anerkannt. — Dieser in der Sache selbst begründete Unterschied ist durch die inzwischen publizirte Verordnung vom **11.** Juli d. J., welche auf sämmtliche Lehrer Anwendung findet, nicht aufgehoben, und wird daher auch für die Folge aufrecht erhalten werden. — Es kommt daher bei strenger Festhaltung dieses gegebenen Unterschiedes in Ansehung des Lehrerstandes noch ein besonderes Verhältniß in Betrachtung. Die fruchtbringende Wirksamkeit des Lehramtes beruht nämlich nicht allein auf der wissenschaftlichen Befähigung und der Lehrgabe, welche der Einzelne besitzt und in den eigentlichen Lehrstunden an den Tag legt, sondern sie beruht wesentlich auch auf der ganzen geistigen und sittlichen Haltung des Lehrers und der Achtung, welche er dadurch seinen Schülern sowohl, als auch den Eltern und Pflegern derselben einzuflößen vermag. Je wichtiger nun bei der Bildung der Jugend für ihr künftiges Leben und ihren künftigen Beruf gerade das erziehende Element erscheint, und je entschiedenerer Werth von Seiten der Eltern und Pfleger auf diese Wirksamkeit der Schule und der Lehrer mit Recht gelegt wird, um so ernster muß auch die verordnete Aufsichtsgewalt dieses Verhältniß in's Auge fassen, es in den Kreis ihrer Disziplinargewalt ziehen, und denjenigen Lehrer, der durch sein Verhalten Achtung und Vertrauen verscherzt hat, für unfähig zu dem Berufe als Lehrer und Erzieher der Jugend erklären. — Es versteht sich von selbst, daß ein solches Urtheil stets auf bestimmte, klar erwiesene Thatsachen zurückgeführt werden muß, und daß, um die Sellung des einzelnen Lehrers nicht der Intrigue oder der Partei-Leidenschaft Preis zu geben, eine gründliche Untersuchung und die Vertheidigung des Beschuldigten eine wesentliche Nothwendigkeit bleibt. Dagegen erscheint es als gleichgültig, ob diese Thatsachen, welche eine zerstörende Rückwirkung auf die amtliche Wirksamkeit des Lehrers ausüben, im Amte oder außerhalb des Amtes begangen sind, und ob sie den Charakter eines bürgerlich-strafbaren Vergehens an sich tragen, oder auch nur der sittlichen Sphäre angehören. Dieser Gesichtspunkt liegt auch der Vorschrift im § 20 der Verordnung vom **11.** Juli dieses Jahres zum Grunde, welche wörtlich so lautet: „Die Dienstentlassung muß insbesondere dann erfolgen, wenn der Beamte die Pflicht der Treue verletzt, oder den Muth, den sein Beruf erfordert, nicht bethätigt, oder sich einer feindseligen Parteinahme gegen die Staatsregierung schuldig gemacht hat." Es muß nämlich als ein sittlicher, die Achtung und damit die Amtswirksamkeit des Beamten untergrabender Makel angesehen werden, wenn ein Beamter, im Widerspruch mit seinen beschworenen Amtspflichten, die Fortführung seines Amtes und die Untergrabung der Staatsgewalt, in deren Dienst er steht, vereinigen zu können meint; und eine heilige Pflicht der geordneten Aufsichtsbehörde ist es, einen solchen Widerspruch unter keinen Umständen zu dulden. Mit Freuden erkennen wir hier an, daß die Lehrer unseres Bezirks, mit wenigen Ausnahmen, sich auch in schwierigen Lagen als Männer von fester Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit bewährt haben. Sie mögen überzeugt sein, daß, so weit es in unserer Macht liegt, sie auch ferner gegen ungerechte und feindliche Angriffe werden geschützt werden. Der Geist der Zucht und Ordnung aber, der sich bei der großen Mehrheit unserer Lehrer kund gegeben hat, muß als ein Eigenthum der Gesammtheit geschützt und erhalten werden. Wir werden ihn auch den Wenigen gegenüber zur Geltung bringen, die durch ein fortgesetztes zerstörendes Anstreben wider die öffentliche Ordnung längst den Unwillen aller Bessern im Volke gegen sich hervorgerufen haben. Wir werden den gerechten Beschwerden derer, deren heiligste Güter, das geistige und sittliche Wohl ihrer Kinder, der Hand des Lehrerstandes anvertraut sind, Abhülfe verschaffen, und nach den Vorschriften der Verordnung vom **11.** Juli d. J. und nach den vorstehend aufgestellten Grundsätzen unnachsichtlich da einschreiten, wo ein gewissenloses, die Amtswirksamkeit des einzelnen Lehrers gefährdendes Verhalten desselben zu unserer Kenntniß kommt, und dadurch die Ehre des ganzen Standes und das Vertrauen, was er in so hohem Maße verdient, vor der Mißachtung im Volke zu bewahren bemüht sein."

Paderborn, 5. Novbr. Wie die „Westf. Ztg." meldet, ist der Polizei-Kommissar Körner in Folge der bei den jüngsten Excessen erhaltenen Säbelhiebe heute Nacht 3 Uhr gestorben. Er hinterläßt eine Wittwe und 6 unversorgte Kinder.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 5. Nov. [Das Interim.] Dem Vernehmen nach ist heute aus Berlin die Mittheilung eingegangen, daß die HH. Radowitz und Bötticher von Seiten Preußens zu Mitgliedern der Bundeskommission in Frankfurt ernannt sind und Beide diese Mission angenommen haben. Herr von Radowitz würde ganz in kurzem in Frankfurt eintreffen. (D. A. Z.)

Frankfurt a. M., 6. November. [Prinz von Preußen. Oesterreich verschuldet den Sturz des Ministeriums Römer.] Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen hat heute Vormittag **11** Uhr Frankfurt in Begleitung seines Sohnes, des Prinzen Friedrich, wieder verlassen, der von Bonn herüber gekommen war. Gestern Abend beehrten beide Prinzen mit ihrer Gegenwart einen Privatball bei Frau Lutteroth. — Nach uns zugegangenen glaubwürdigen Privatmittheilungen **ist die Stuttgarter Minister-Katastrophe lediglich den Bemühungen des Wiener Kabinets zuzuschreiben, das die Entfernung Römers um so dringender betrieb, da der Zeitpunkt gekommen war, wo Römer nicht mehr umhin konnte, zum Anschlusse an den unter Preußens Auspicien sich bildenden Bundesstaat zu rathen und den Anschluß an dasselbe als die Bedingung seines längeren Verbleibens im Amte aufzustellen.** (Ref.)

[Es drohen neue Feindseligkeiten mit Dänemark.] Mehrfache Anzeichen lassen vermuthen, daß man von Seiten der deutschen Regierungen die Eventualität eines Wiederausbruches der Feindseligkeiten mit Dänemark ernstlich ins Auge faßt. Bereits ist die Rede davon, daß die als Reichs-Korps unter den Befehlen des Generals v. Peucker in Baden vereinigt gewesenen Truppen neuerdings in Bereitschaft zum Abmarsche gesetzt werden sollen. Zu diesen Truppen gehören bekanntlich auch das frankfurter Linien-Bataillon und das hier liegende baierische Jäger-Bataillon. Die neuerlichen Rüstungen im Nassauschen scheinen obige Voraussezzung zu bestätigen. Für den Fall des Ausmarsches preußischer Truppen nach Holstein soll auch das seit Kurzem erst hier eingerückte 31. Linien-Regiment an der Expedition Antheil nehmen. (Köln. Ztg.)

München, 5. Novbr. [Sitzung der Kammer der Abgeordneten.] (Fortsetzung der Berathung über die deutsche Frage.) Der Präsident erinnert, daß noch 15 Redner vorgemerkt sind, und es beginnt Römig. Er sieht in dem Anschluß an Oesterreich für Baiern kein Heil, sondern nur in der Bildung eines einigen Deutschlands, wenn auch damit Opfer von nicht geringem Belang verbunden wären. Er ist mehr für den Anschluß an Preußen, und kann nicht begreifen, wie Jemand Angesichts der Geschichte behaupten könne, Preußen sei keine Großmacht. Gegen die Bemühungen, Preußens Politik in allen Stadien zu verfolgen und zu verdächtigen, will er nicht sprechen, er deutet nur darauf hin, **daß Preußen von der Revolution am wenigsten gelitten hat, daß dieser sogenannte Polizeistaat die geordnetsten Finanzen und das volksthümlichste und zuverlässigste Heer habe.** — Jaeger spricht der preußischen Verfassung das Wort, **durch den Anschluß an Preußen wird dieses gezwungen, ganz deutsch zu sein, während durch den Anschluß Baierns an Oesterreich dieses nicht aufhören werde, ein Slavenstaat zu sein.** Wenn ein Abgeordneter (Hr. Sepp) Preußen nur eine kurze Dauer vindicire, so könne er nur wünschen, daß der Redner so lange lebe, bis diese Katastrophe eintritt. Preußen bedarf Gottlob noch keiner Aufopferung slavischer Wildlinge. Ein Losreißen vom Zollverein würde Baiern kaum ertragen können, und Belgrad würde kein Ersatz für Germersheim, und es sei eine Schmach für das baiersche Volk, die Aufnahme in einen Slavenstaat förmlich erbetteln zu müssen. Oesterreich könne sich übrigens an einer Einigung, wie wir sie wünschen, nie betheiligen. Wäre die Regierung der Verfassung vom 26. Mai beigetreten, so wäre doch etwas gerettet. — Lang spricht in demselben Sinne; wenn alle kleineren Staaten beiträten, so wäre die Gefahr einer Mediatisirung nicht so groß. **Nicht preußische Söldner, sondern die Jugend des Landes und die Landwehr haben Haus und Hof verlassen, um die Anarchie zu bekämpfen.** Er könne nicht begreifen, wie Lerchenfeld für den Anschluß an Oesterreich sprechen könne, nachdem er zuvor ausgesprochen habe, daß nur durch den Anschluß an Preußen das konstitutionelle Prinzip gesichert werden könne. — Stoecker: Ein Redner habe den Spruch angeführt: ein braver Mann denkt an sich selbst zuletzt; wenn das Regel wäre, so wären alle unsere Fürsten nicht brav, denn sie hätten zu allen Zeiten nur an sich gedacht. Derselbe spricht sich ferner gegen die Pius-Vereine aus. — Gelbert ebenfalls für den Anschluß an Preußen, denn Baiern sei nicht blos Donauland, sondern auch Main- und Rheinland. Man wirft Preußen seine Politik in Schleswig vor, Oesterreich habe ja aber selbst seinen Gesandten von Kopenhagen nie abberufen. Die preußische, österreichische und baierische Politik hätte das Herz des Volkes von sich gewiesen, und wenn je etwas Wahres in den ministeriellen Vorlagen sei, so sei es die Bemerkung, daß die Interessen der Dynastien täglich mehr an Gewicht verlieren, und die Interessen des Volkes mehr in den Vordergrund treten. — v. d. Pfordten: Das Prinzip des Ministeriums sei nicht gewesen: Deutschland ohne Oesterreich, sondern ein einiges Deutschland. Er verwahrt sich gegen die Anschuldigung der Verzö-

gerung der deutschen Frage, und ist stolz darauf, in der oft getadelten Weise gehandelt zu haben; diese Zeit steter Angriffe habe zwar an seiner Kraft gezehrt, aber wenn sie auch aufgezehrt worden wäre, er hätte sie freudig geopfert. Er lebt noch immer der Hoffnung, daß Deutschland noch eine Zukunft voller Macht und Kraft habe. Er könne die Handlungsweise einer Partei nicht billigen, die in Deutschland herumreise, um für ihre Form ein Vaterland zu finden; wir haben aber bereits ein Vaterland und bedürfen blos der Form. Wenn der baierischen Regierung Gelegenheit gegeben sei, bei Bildung eines einigen Deutschlands mitzuwirken, so werde es auch freudig Opfer bringen; für den preußischen Partikularismus werde es aber keine bringen. Die drei Hauptmomente der baierischen Politik seien 1) die Nichtanerkennung der deutschen Verfassung, 2) die Nichtannahme der Verfassung vom 26. Mai 1849, und 3) die Beistimmung zum Interim. Er bemerkt der Kammer, daß nur die Annahme des Ausschuß-Antrags die Stellung des Ministeriums sichere. (Ende um halb 3 Uhr.)

(v. Malzen und v. Bally.) Aus Berlin ist der baierische Gesandte, Frhr. v. Malzen, hier eingetroffen und hat bereits bei König Max Audienz gehabt. Auch der Geheimerath Freiherr v. Bally ist aus Frankfurt in besonderer Mission hier eingetroffen. (Ref.)

Vom Taunus, 4 Novbr. [Zustände in Hessen-Homburg.] Die Bewohner des kleinen hessen homburgischen Landes dies- und jenseits des Rheins, leben mit ihrer Staatsbehörde*) in Unzufriedenheit, veranlaßt durch Verfügungen, welche die Zurückführung vormärzlicher Zustände bezwecken, und durch fürstliche Hand und Siegel verbürgte Zusicherungen brechen, auch neue Lasten auferlegen. Ebenso sind alle desertirte und kassirte Beamten wieder in Aktivität getreten. Dabei hält es sogar die höchste Behördenstelle des Landes nicht unter ihrer Würde, gedruckte Pamphlets auf den Stadtrath und die Bürger Homburgs als Beilage zum landgräflichen Regierungsblatte ausgeben zu lassen, wodurch denn die Gemüther, wie natürlich, noch mehr gereizt werden und zwar so, daß man seit acht Tagen für gut fand, die Militärwache Abends zu verstärken. (Fr. J.)

Kassel, 6. November. [Das Gerücht: Kurhessen wolle aus dem Dreikönigsbündniß ausscheiden ist eine Lüge.] Die gestern ausgegebene Nr. 19 der „Gesetzsammlung" enthält die Verordnung vom 25. Oktober d. J., die Bestimmungen für das Verfahren vor dem provisorischen Bundesschieds-Gericht und die Vollziehung der Entscheidungen desselben betreffend. Als Anlagen sind der Verordnung beigefügt das Statut des Bündnisses vom 26. Mai 1849. — Die „Neue Hess. Ztg." macht dazu die Bemerkung: „Dieses Statut nebst der Verordnung möge als die einfachste und kürzeste Antwort dienen auf die Nachricht: „Kurhessen wolle aus dem Dreikönigsbunde ausscheiden."

Mainz, 5. Novbr. [Se. kais. Hoheit Erzherzog Albrecht] besichtigte heute die Minengänge und Kasematten der äußeren Werke hiesiger Reichs-Festung, so wie den hier reservirten Pulvervorrath. Man sagt, es solle nächstens Generalmarsch geschlagen werden, um die Truppen in der raschen Besetzung der Festungswerke zu prüfen. So eben wird der hiesigen Besatzung für morgen große Parade angesagt für Se. königliche Hoheit den Prinzen von Preußen, welcher auf der Durchreise nach Koblenz Sr. kaiserl. Hoheit, dem Gouverneur, einen Besuch abstatten wird. — Wegen Gesundheitsrücksichten wurden heute Morgen um 5 Uhr sämmtliche im hiesigen Verhafthause befindlichen Gefangenen von da in das bisherige Gefängniß der preußischen Garnison unter starker Bedeckung gebracht. — Durch die Erbauung eines neuen preußischen Militärverhaftlokals im Innern der Citadelle ist das vorbemerkte Gefängniß im eisernen Thurm der Civilbehörde zur Verfügung gestellt worden. (D. P. A. Z.)

Dresden, 7. November. [Die erste vorbereitende Sitzung der ersten Kammer] begann heute um 11 Uhr. Schon ein oberflächlicher Blick in den Saal lehrte, daß die diesmalige Zusammensetzung der Kammer doch wesentlich von der vorigen verschieden sei. Die Sitzung eröffnete der Vorstand der Einweisungskommission, geheimer Rath Weinlig, mit der Nachricht, daß sich bis jetzt 29 Mitglieder angemeldet hätten. Man nahm die betreffenden Paragraphen der neuen Geschäftsordnung vorläufig auf 8 Tage in Bausch und Bogen an. (D. J.)

Dresden, 8. Novbr. [Fortdauernde Unvollständigkeit der zweiten Kammer. Vorbereitende Sitzung der ersten Kammer.] Die zweite Kammer scheint nicht dazu zu gelangen, fünfzig Mitglieder zusammenzubringen. Bis zur Stunde sind von den 52, deren Wahlen unbezweifelt gültig sind, erst 49 von der Einweisungskommission in den Präsenzlisten verzeichnet und doch läuft heute seit Einberufung der Kammern schon der zehnte Tag. Die Abgeordneten sehen sich häufig in Privatzirkeln und nach der Stimmung der Anhänger des Centrums und der gemäßigten Linken zu urtheilen, unterliegt es keinem Zweifel mehr, **daß die Regierung in ihrem Verhalten in der deutschen Frage die Majoritäten beider Kammern gegen sich haben werde.** Nur die entschiedene Linke will sie gewähren lassen, weil sie mit dem Ausbau des Bundesstaates das Ende ihrer Hoffnungen hereinbrechen sieht; die österreichisch gesinnte äußerste Rechte dagegen wird die Regierung förmlich unterstützen. In beiden Kammern zusammen ein halbes Dutzend Leute, zu denen sich jetzt auch Herr von Friesen auf Berggießhübel, ein ehemaliger eifriger Genosse der deutschen Partei, geschlagen hat. Die erste Kammer hatte gestern eine vorberathende Sitzung unter dem stellvertretenden Alterspräsidenten Amtshauptmann v. Bidermann auf Niederforchheim. Man erklärte sich für Annahme einer von der Regierung vorgelegten Geschäftsordnung (s. den vorstehenden Artikel); der Abg. Josph machte vergeblich allerlei Winkelzüge, um die Geschäftsordnung des vorigen Landtages zu retten, fand aber dafür außer seiner eigenen nur eine einzige Stimme. Der Abg. Dufour-Feronce hatte im linken, die ehemaligen Staatsminister v. Carlowitz, Georgi und Weinlig im rechten Centrum Platz genommen. Die Plätze der äußersten Rechten waren unbesetzt; ihnen zunächst befand sich der Bankdirektor Poppe aus Leipzig. Oberländer wird nicht in die Kammer eintreten und die dem widersprechende Nachricht in der Breslauer Zeitung vom 7. November bedarf daher der Berichtigung. — Morgen wird die Königin und die Prinzessin Johann aus Schönbrunn zurückerwartet.

*) Hessen-Homburg ist bekanntlich dem Dreikönigsbündnisse nicht beigetreten.

Dessau, 7. Nov. [Verfassung.] Endlich ist die Berathung der ministeriellen Verfassungs-Abänderungsanträge zu Ende bei unserm in Köthen residirenden vereinigten Landtage. Gesiegt hat das Ministerium in folgenden Punkten. Die Adelsprädikate können wieder gebraucht, die Orden wieder getragen werden. Ersteres wurde mit sehr großer Mehrheit, letzteres einstimmig angenommen. Der allgemeine Religionsunterricht in den Schulen wurde als etwas Unhaltbares und Unklares mit 20 gegen 13 Stimmen aus der Verfassung gestrichen. Zum § 13, die Haussuchungen betreffend, wurde der Zusatz des Ministeriums: „die Ausnahme bestimmt das Gesetz," ohne Debatte und einstimmig zum Beschluß erhoben. In Bezug auf das freie Versammlungs- und Petitionsrecht des Militärs hatte das Ministerium den § 15 der Verfassung gemäß der deutschen Grundrechte dahin abzuändern beantragt, daß hinzugefügt werde: Auf die Volkswehr erste Abtheilung (das Kontingent) finden diese Vorschriften nur insoweit Anwendung, als die miliärischen Disziplinarvorschriften nicht entgegenstehen. Der Abg. Vogel hatte hierzu ein Amendement gestellt: „Dem Kontingente ist die Verhandlung über die militärischen Befehle und Anordnungen in Versammlungen und Vereinen nicht gestattet", womit sich das Ministerium einverstanden erklärte, und welches auch mit überwiegender Stimmenmehrheit die Annahme erhielt. Die Bestimmung, daß die Prinzen und Prinzessinnen ohne Zustimmung des Landtags den bleibenden Aufenthalt im Auslande nehmen dürfen und zwar ohne Abzug von 10 pCt., wie die Kommission vorgeschlagen und was Minister Goßler als „unwürdig" zurückwies, wurde angenommen, jedoch mit dem Zusatze, daß die Prinzen nur mit Genehmigung des Landtags in auswärtige (russische?) Dienste treten dürfen, widrigenfalls ihnen die Apanage entzogen werden kann. — Verworfen wurde die Umwandlung der „demokratisch-monarchischen" in „konstitutionell-monarchische" Regierungsform (§ 4) und die Streichung des unwahren § 5: „Alle Gewalten gehen vom Volke aus." Eben so, daß der Präsident des obersten Gerichtshofes ohne Zustimmung des Landtags (§ 58) also von der Krone ernannt werden soll. Hier ist offenbar der letztern ein Theil der ihr zuständigen Exekutive vorbehalten worden. Man will darin eine Garantie für den dauernd-unparteiischen Rechtsschutz finden. Es ist aber nicht wahr. Der Raum erlaubt nicht, es hier nachzuweisen, sonst würde dies leicht geschehen können. Was nun den vom suspensiven Veto handelnden § 84 betrifft, wo hinzugefügt werden sollte: „Bei Verfassungsänderungen bedarf es der unbedingten Sanktion des Herzogs", so hat das Ministerium nur zur Hälfte gesiegt, indem der Zusatz der Kommissionsmehrheit: „Verfassungs-Abänderungen bezweckende Landtagsbeschlüsse erfordern zu ihrer Gültigkeit nicht allein die Stimmen von $^2/_3$ sämmtlicher gewählter Abgeordneten, sondern auch die Beschlußnahme des nächsten neugewählten Landtages in gleicher Weise genehmigt wurde, womit das Ministerium „anscheinend" sich vereinigte. Der § 87 aber, welcher eine Berufung an die Urwähler vorschreibt, falls bei Verfassungsänderungen, die zwei Landtage beschlossen haben, die Krone ihr Veto eingelegt hat, kam, wie das Ministerium beantragt hatte, in Wegfall. Hier ließ sich das Centrum von Köppe gewinnen, daß es dessen präjudiciellen Antrag: „Der Landtag beschließt, der über die ministeriellen Anträge zu § 84 und 87 der Verfassung zu fassende Beschluß, sofern er auf eine Modifikation der Verfassung hinausgehen sollte, wird erst dann gültig, wenn er von dem nächstfolgenden neugewählten Landtage bestätigt wird," wenn auch nur mit Einer Stimme Majorität annahm. Dadurch ist denn die Frage, ob suspensives, ob absolutes Veto bei Verfassungsveränderungen, in suspenso verblieben. — Die Linke hat sich zwar bei allen Debatten lebhaft betheiligt, indessen geschah dies nach unserer Ansicht nur oberflächlich und mit vielem Verbrauch von Stich- und Schlagwörtern. Außer den Mitgliedern des Ministeriums haben am schärfsten und schönsten gesprochen die Abgeordneten Köhler, Schmidt, Hölemann, Kluge, und am schlausten und gewandtesten der Abg. Köppe. Freilich hat es dadurch geschienen, daß er weit eher der äußersten Linken, als dem Centrum angehöre, und wir haben nichts dagegen. Der Abg. Habicht ließ vieles von seiner anerkannten Klarheit vermissen und sich von seinem Freunde Köppe übertreffen. Ueber die Auflösungsfrage schweben noch Zweifel. (Konst. Ztg.)

Kopenhagen, 3. November, Abends. Die Berlingsche Zeitung meldet den Zusammentritt der Landes-Versammlung, und bemerkt, ob auch Deputirte aus Schleswig daran Theil genommen und wie viele, sei nicht angegeben. Feedrelandet bemerkt, auf die Zahl der Schleswiger komme es nicht an, aber die Versammlung nenne sich „schleswig-holsteinische" Landes-Versammlung und sei also ein Bruch der Waffenstillstands-Convention. So lange diese besteht, ruhe laut Art. X. die gesetzgebende Gewalt in Schleswig und wenn auch die von der Landes-Versammlung beschlossenen Gesetze in Schleswig thatsächlich zur Geltung nicht kommen würden, so sei doch nicht zu dulden, daß ein sogenanntes gesetzgebendes Organ an Schleswigs Grenze in offenem Konflikt mit der Administrativ-Behörde Schleswigs sich niederlasse. **Die dänische Regierung dürfe nicht einen Tag ruhen, in Berlin die unverzügliche Auflösung der Landes-Versammlung zu fordern, selbst wenn es dazu preußischer Truppen bedürfe; denn die preußische Regierung sei moralisch und juridisch für Alles, was in Holstein geschehe, verantwortlich.** (Kiel. Corrbl.)

Oesterreich.

* **Wien**, 8. November. [Erzherzog Ludwig und die Erzherzogin Sophie.] Heute Mittags ist Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog Ludwig wieder von Schönbrunn abgereist, und hat sich nach Ischl begeben. Se. kaiserl. Hoheit hat während seiner Anwesenheit die Stadt nur einmal, und zwar im strengsten Inkognito betreten. Die Haltung dieses Prinzen war eine sehr ernste. Auf seinen Gesichtszügen zeigte sich Schmerz und tiefer Kummer. Es mag ihm nicht unbekannt sein, daß seine kurze Anwesenheit von den Radikalen benutzt wurde, um die absurdesten Gerüchte unter das Volk zu bringen. Ihre Majestät die Kaiserin Mutter verläßt die Kaiserstadt Morgen und kehrt nach Salzburg zurück. Sie versprach dem Gemeinde-Rath, im nächsten Jahr zurückzukehren.

N. B. **Wien**, 8. Nov. [Tagesbericht.] Gen. der Kav. Graf Wratislaw, Kommandant der 1. Armee ist von Mailand und der k. russ. Botschafter Graf Chreptovich von Neapel hier angekommen. — Die 1. Armee wird aus 4 Armeekorps in einer Gesammtstärke von 108 Bataillonen, oder 715 Kompagnien, circa 160,000 Mann, 117 Eskadronen, circa 15,000 Mann und 233 Geschützen bestehen. Selbe wird in Oesterreich, Steiermark, Tirol, Mähren und Böhmen aufgestellt. — Die 3., in Ungarn und Siebenbürgen aufzustellende Armee wird 13 Armeekorps zählen in der Gesammtstärke von 94 $^2/_6$ Bataillonen, circa 140,000 Mann, 118 Eskadronen, circa 15000 Mann und 231 Geschützen. — Die Folgen der Eintheilung der den politischen Behörden lästigen Individuen in die Armee geben sich im Allgemeinen auf eine sehr gefährliche Weise kund. So sind in Olmütz Mord und die frechsten Diebstähle von Seiten des Militärs an der Tagesordnung und man ist dort gezwungen, die Verdächtigen schon vor Einbruch der Dämmerung in den Kasernen zu konsigniren, was wohl einer Korrektionsanstalt, nicht aber einem Truppenkörper zukommt, der für Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit da ist. Der Stand des Soldaten soll ein Ehrenstand sein! Diesem § 1 des militärischen Dienstreglements widerspricht aber geradezu die in Oesterreich übliche Einreihung von Vagabunden jeglichen Gelichters in die Armee, wobei nur zu oft der Ausdruck „aus Strafe" gebraucht wird. Es heißt nun dennoch, daß auf Verlangen der Industriellen Böhmens ein Kongreß der Industriellen zu Stande kommen soll, um über die Zolltarifsrevision mit zu berathen. Ein Artikel der „Austria" bemerkt, daß die bei den Vorschlägen ausgesprochenen Ansichten sich einer ziemlichen allgemeinen Uebereinstimmung der böhmischen

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

Beilage zu № 263 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 10. November 1849.

(Fortsetzung.)

Industriellen erfreuen. Die sofortige Aufhebung der Zölle auf Fabrikmaterialien erwirbt sich besonders eine große Zustimmung. — Zur Gründung einer slavischen Universität sind bereits 1 Mill. Fl. K. M. an freiwilligen Beiträgen eingegangen. — Im Fürstenthum Serbien werden große Kriegsrüstungen gemacht. — Die neuesten Berichte aus Konstantinopel sind voll trauriger Schilderungen über die vielen, durch die letzten Stürme im schwarzen Meere zu Grunde gegangenen Schiffe, deren man bereits 21 zählt. Auch ist daselbst das Wetter ganz ungewöhnlich, indem fortwährender Nordwind herrscht. Die Berichte über die russischer Seits erfolgte Aufnahme Fuad-Effendi's lauten sehr widersprechend und es scheint, daß man in Konstantinopel darüber am wenigsten im Klaren ist. — Die in Pesth erlassene Verordnung, den ungarischen Gewölbeüberschriften die deutsche Uebersetzung hinzuzufügen, hat eine nicht vorausgesehene Wirkung hervorgebracht, indem sie den halbunterdrückten Magyarismus wieder von Neuem ans Tageslicht zog und unliebsame Demonstrationen veranlaßte. Die Verordnung wird möglichst illusorisch gemacht. Einige nahmen die Ueberschriften ganz ab; andere setzen winzig kleine deutsche Ueberschriften den riesengroßen ungarischen zur Seite, und im Allgemeinen giebt sich das Streben kund, die Verfügung so viel als möglich zu umgehen. — Aus Preßburg wird fortwährend Klage geführt, daß bei Gerichtsverhandlungen die ungarische Sprache beibehalten wird. — Nach den neuesten Nachrichten aus Aràd sollen daselbst neuerdings fünfzehn kriegsrechtliche Urtheile gefällt worden sein.

[Die englische und französische Flotte.] Aus Tenedos (28. Oktober) wird die im dortigen Hafen erfolgte Ankunft einer aus 3 Dreideckern, 4 kleineren Linienschiffen und einem Dampfer bestehenden Flotte gemeldet. Dem Vernehmen nach soll sie ihren Ankerplatz in den Dardenellen einnehmen, wohin sich auch die franzosische Flotte begeben dürfte. In Pyräus langte am 30. Oktober, von Konstantinopel kommend, der englische Kriegsdampfer „Tartarus," mit Depeschen für Malta an. Derselbe traf aber außerhalb dem Hafen das französische Postboot „Tankrede," dem er die Depeschen zur Weiterbeförderung übergab, worauf er wieder die Fahrt nach Konstantinopel unternahm. Das französische Post-Dampfboot „Luxor" begegnete der französischen Flotte am 26. v. M. fünfzehn Seemeilen von Malta. (Lloyd.)

Prag, 6. Novbr. [Militärisches.] Während die bisherigen Theile unserer Garnison an die nördliche und westliche Grenze abmarschiren, rücken nach und nach die Truppenkörper hier ein, welche nunmehr die Garnison von Prag zu bilden bestimmt sind.

L. **Krakau**, 6. Nov. [Die handelspolitische Freundschaft Rußlands. — Das Bedürfniß von Handelskammern.] Es ist eine staatsrechtliche Frage, was Oesterreich durch die russische Allianz zu gewinnen oder zu verlieren hat. Ich habe sie schon oft berührt und werde noch öfter darauf zurückzukommen Gelegenheit haben. Was ich aber jetzt besprechen will, worüber ich jetzt meine Verwunderung mir auszudrücken erlaube, ist die völlige Rücksichtslosigkeit, mit der die russische Regierung fortwährend, trotz der durch Rath und That, durch Manifeste und diplomatische Noten ausgesprochenen Freundschaft für unser Reich, die Interessen der österreichischen Staatsbürger verletzt, ihnen mit Vorwissen unserer Regierung natürlich in allen Zweigen des Handels und Verkehrs unübersteigliche Hemmnisse in den Weg legt. Mit der größten Sicherheit sah man, nachdem der letzte Schuß in Ungarn verhallte und Ruhe und Ordnung eben so gut wie in den moskowitischen Gebieten herrschte, der endlichen Aufhebung der Grenzsperre entgegen, und natürlich haben die österreichischen, mit Rußland Handel treibenden Kaufleute, besonders die der Grenzstädte, wie Krakau und Brody, darauf ihre kommerziellen Kombinationen gegründet. Was hat auch Rußland jetzt zu befürchten, jetzt wo die Elemente der Anarchie, wie sie Rußland nannte, durch die schon zehnmonatliche Dauer des Belagerungszustandes Galiziens erstickt sind und es gewiß den sogenannten Wühlern und Revolutionsstiftern jetzt nicht gelüsten wird, Rußland zu insurgiren oder Gott weiß was für Handstreiche auszuführen, die das russische Regierungssystem irgendwie gefährden könnten? Als Beweis, daß Rußland wirklich unser schönes Oesterreich nicht mehr als einen Heerd der Revolution betrachtet, dienen die den russischen Unterthanen jetzt bedeutend mehr als früher gegebenen Reisebewilligungen nach Oesterreich, besonders nach Galizien, ohne also zu befürchten, die loyalen Russen vom Gifte der neuen Ideen angesteckt zurückkehren zu sehen. Scheint es nicht da, als ob die russische Regierung die revolutionäre Bewegung der Zeit nur zum Vorwande genommen, um ihren längst gehegten Wunsch, sich wo möglich hermetisch abzuschließen und ihre eigenen schlechten Fabrikate auf Kosten des ausländischen Handels zu heben, der Ausführung näher zu bringen? Müssen wir nicht in dieser Ansicht uns bestärkt sehen, wenn jetzt nach Beendigung der ungarischen Wirren, nach der völligen Herstellung der Ordnung, nachdem die Herrschaft des Gesetzes zur Geltung gekommen, **die auf uns so schwer lastende Grenzsperre statt gänzlich aufgehoben, oder wenigstens milder gehandhabt zu werden, im Gegentheile verschärft worden ist**, weil nach einem kaiserlichen Ukase die Beendigung des ungarischen Krieges die gestatteten Erleichterungen, als die Ausfuhr des Mehls und Schlachtviehes, wie der an weniger Schwierigkeiten geknüpft gewesene Verkehr mit den Grenz-Gouvernements nicht mehr dringend erfordere? Ich will hier die völkerrechtliche Seite der Frage unberührt lassen, da es doch, wie die Vergangenheit lehrte, ein besonderes Vorrecht Rußlands ist, sich sein eigenes Staats- und Völkerrecht zu schaffen. Ich will eben so wenig unser Ministerium an die hohe Mission mahnen, die Würde Oesterreichs nicht nur gegen unsere äußeren und innern Feinde, sondern auch gegen die allerbefreundetsten Staaten zu wahren, wenn diese sich irgend eine Verunglimpfung derselben zu Schulden kommen lassen. Gewiß unterläßt dasselbe nicht, die Interessen unseres Kaiserreichs kräftig zu vertreten und auch in dieser Beziehung sein energisches Veto gegen die Beeinträchtigung der Rechte österreichischer Staatsbürger einzulegen. Aber ich möchte auf die dringende Nothwendigkeit einer raschen Erledigung dieser Lebensfrage des österreichischen Handels hinweisen. Ich möchte das österreichische Handels-Ministerium bitten, genaue Erkundigungen über alle die Plackereien und Unannehmlichkeiten einzuziehen, deren die österreichischen Staatsbürger in ihrem Verkehre mit Rußland ausgesetzt sind, wie über die bedeutenden Verluste, die durch diese, jedweden haltbaren Grund entbehrende willkürliche Absperrung den einzelnen Individuen, wie dem Gesammthandel erwachsen. Ich möchte dabei gelegentlich das dringende Bedürfniß der Errichtung von Handelskammern wieder in Anregung bringen. Der erste Impuls ging vom Ministerium Dobblhof aus und wurde später vom Grafen Stadion theilweise mit kleinen Modifikationen in Ausführung gebracht. Wien und noch einige Hauptstädte der Monarchie sind bereits im Besitze von Handelskammern, die einen sehr heilsamen Einfluß auf den kommerziellen Fortschritt ausüben. Aber noch viele andere wichtige Handelsplätze haben längst ihre dringenden Wünsche in dieser Beziehung dem österreichischen Handelsministerium zu erkennen gegeben, ohne daß nach einer Reihe von Monaten darauf die leiseste Rücksicht genommen wurde. So brauchte, wenn die wichtigen Handels- und Grenzstädte Krakau und Brody Handelskammern hätten, das österreichische Handelsministerium sich nur an dieselben zu wenden, um über den durch die russische Grenzsperre dem Handel mit Rußland bevorstehenden Ruin die authentischesten Daten zu erhalten und die Ueberzeugung zu gewinnen, wie nothwendig ein energisches Protestiren und eine schleunige Erledigung dieser Lebensfrage, wenn nicht einem der wichtigsten Zweige des österreichischen Handels der Nerv abgeschnitzen werden soll.

* **Aus dem polnischen Oesterreich**, 2. Novbr. [Russisches Militär. — Galizische Beamte. — Lemberger Universität.] Die letzten russischen Truppen sind in diesen Tagen durch Krakau gezogen, ihre Reihen waren in einigen Regimentern sehr gelichtet, nicht durch Verluste in Schlachten, sondern durch die Cholera. Die den Truppen durch offenbar ungarisches Gespann nachgeführte Bagage war sehr bedeutend und enthielt wohl nicht blos Kriegsmaterial. Die Offiziere, welche mitunter viele Kossuthsche Banknoten vorzeigten, waren auf die österreichischen Regierungsmaßregeln, die dieselben ungültig erklärten, sehr erbittert, überhaupt schien das Verhältniß zwischen Russen und Oesterreicher sehr unfreundlich. — Alle in den letztverflossenen Jahren auf irgend eine Weise politisch kompromittirten Beamten in Galizien sollen zur Verantwortung gezogen und von ihren Stellen entlassen werden. Der russische Stadtgouverneur General Sobolew, sowie der Oberst Rüdiger haben sich häuslich so eingerichtet, daß man erwarten muß, sie länger in Krakau zu behalten. Da beide wohlwollende Männer sind, wünschen wir keinen Tausch. — Aus Lemberg hören wir nur Klagen. Die bisherige höchste Oberbehörde der Universität — das Konsistorium — ist in einen akademischen Senat mit großen Prärogativen umgewandelt und die Universität wird unter strenger Aufsicht gehalten. Alle polizeilichen Einrichtungen unterliegen ebenfalls Umänderungen, die eine strengere Beaufsichtigung bezwecken.

Frankreich.

× **Paris**, 5. Novbr. [National-Versammlung. — Die Parteien. — Eine Note in der „Patrie". — Die Massen verhalten sich ruhig. — Aus Algerien.] In der National-Versammlung erwartete man heute mit Ungeduld den Debut des neuen Ministeriums. Herr Ferdinand Barrot, Minister des Innern, erwarb sich die parlamentarischen Sporen bei der Debatte über die Auflösung der Lyoner Nationalgarde. Er sprach für die Fortbestehung des Auflösungsdekrets, und erlangte eine Art succès d'estime. Der Minister erklärte, daß der Augenblick noch nicht da wäre, um auf die Diskussion der stattgehabten Ministerkrisis einzugehen, daß er sich es aber zur Ehre machen würde, die Traditionen seines Vorgängers zu befolgen. Hierauf fragte Mathieu (de la Drôme), warum man einen Kabinetswechsel vorgenommen habe, da eine vollkommene Uebereinstimmung in der Sprache des alten und des neuen Ministeriums herrsche. Allein die Interpellation Mathieu's fand kein Echo. Die große Majorität der Versammlung und das Ministerium waren nicht geneigt, sich auf einen Kampf in dieser Beziehung einzulassen. Niemand scheint noch genug vorbereitet zu einer solchen Debatte, die Situation ist noch zu unbestimmt, und die Majorität begnügte sich, die Fortdauer des Auflösungsdekrets von der Lyoner Nationalgarde zu votiren, ohne von den Ministern irgend eine Erklärung über ihren Regierungsantritt zu verlangen. — Wie Sie sehen, besteht der Waffenstillstand zwischen den Parteien noch fort. Wird derselbe zur Unterhandlung über einen definitiven Frieden oder zur Kriegsrüstung benutzt? Das ist schwer zu entscheiden, obgleich die Annäherung der Majorität an den Präsidenten immer fühlbarer wird. Die Situation ist jedoch im Ganzen noch zu unklar, um behaupten zu können, daß das Gerüste, welches die vorsichtigen Männer aufzubauen sich anstrengen, nicht bald umgestürzt werden wird. Der Anknüpfungsakt zu einer neuen Komplikation ist auch schon gegeben. Wie ich Ihnen neulich in meinem jüngsten Schreiben gemeldet, bemühen sich die konservativen Journale, das ministerielle Programm als eine Art Widerruf der Präsidial-Botschaft darzustellen. Wie vorherzusehen war, ist man im Elysée darüber pikirt, und die „Patrie" bringt auch einen offenbar aus jener Quelle fließenden Artikel, der alle Interpretationen der gedachten Journale für völlig grundlos erklärt. Es heißt in diesem Artikel des halboffiziellen Blattes: „Einige Mitglieder der National-Versammlung setzen die Rede des Herrn d'Hautpoul der Botschaft des Präsidenten der Republik gegenüber; sie wollen in den von dem Kriegsminister gesprochenen Worten eine Verpflichtung des neuen Kabinets sehen, die Verirrungen des abgetretenen zu befolgen; sie schwächen auf diese Weise die eigentliche Tragweite der Präsidial-Botschaft ab. Indem der Alterspräsident des Kabinets zum ersten Male die Tribüne betrat, konnte und sollte er die parlamentarische Majorität nicht verletzen, der er, wie seine Kollegen, angehört; allein die Courtoisie seiner Worte giebt keineswegs zu den Interpretationen Veranlassung, die man daraus ziehen will. Es war dies ein an Freunde gerichteter Gruß, auf deren Hülfe man gern rechnet, aber nicht ein Desaveu der freien, energischen, nationalen Worte Louis Napoleons. Die durch den Präsidenten der Republik angekündigte Politik wird mit Festigkeit und Ausdauer befolgt werden. Indem sich Louis Napoleon mit der ganzen Last der Verantwortlichkeit beladen, wollte er einem Zustande abhelfen, dessen Gefahren er würdigte. Es heißt ihn schlecht kennen, wenn man glaubt, daß er eine Rückkehr zu den Verirrungen, die er hat aufgeben wollen, dulden werde; es heißt die Worte des Kriegsministers schlecht interpretiren, wenn man ihnen den Sinn des Widerrufs unterschiebt. Die Politik des Präsidenten und seiner Minister sind homogen. Gerade von der Einheit der Ansichten in der Exekutivgewalt soll die Kraft kommen, die der Führung der Geschäfte bis auf diesen Tag vielleicht gefehlt hat." Wie werden nun die ultra-konservativen, legitimistischen und katholischen Journale diese Rektifikation aufnehmen? Ich will mich auf keine Hypothesen einlassen, da die wahrscheinlichsten Dinge hier selten realisirt werden. — Bemerkenswerth ist die tiefe Ruhe in den Vorstädten und den Ateliers von Paris. In der That war man anzunehmen berechtigt, daß die schneidende Persönlichkeit in der Präsidial-Botschaft die demokratischen Massen allarmiren werde; allein die Physiognomien sind ruhiger als jemals. Es ist dies jedoch erklärlich, wenn man bedenkt, daß das Volk sich eigentlich niemals so recht um die konstitutionellen Fiktionen gekümmert hat, die nur für die Männer gemacht sind, die mit dem ganzen Räderwerke der Politik vertraut sind. Das Volk hat in der Regel nur gegen die Beamten Antipathie, die es bewachen, bedrücken, und

es betrachtet die Minister von eben diesem Standpunkte; im Allgemeinen aber hat es das Volk gern, wenn ein König, ein Kaiser, ein Präsident seine Macht fühlen läßt. Das Pariser Volk hat denn auch die Botschaft des Präsidenten mit einer markirten Satisfaktion aufgenommen, und wenn man den Provinzial-Blättern trauen kann, so ist die Aufnahme der Botschaft in den Departements weit günstiger gewesen, als hier. — Nach den neuesten Nachrichten aus Algerien haben die Truppen des Generals Herbillon bei der Belagerung von Zaatcha bedeutende Verluste erlitten. Am 20. und 21. Oktober wurde die Stadt gestürmt, aber die Araber vertheidigten sie so energisch, daß die französischen Truppen sich zurückziehen mußten. Vierzig Mann sind todt und 150 verwundet, unter denen viele Offiziere höheren Ranges; dies ist das Resultat des ersten Sturmes. Im übrigen Algerien herrscht die größte Ruhe.

× **Paris**, 6. Novbr, [Ernennung des Generals Baraguay d'Hillier's zum Kommandanten der italienischen Armee. — Vermischte Nachrichten.] Die heutige Sitzung der National-Versammlung war ohne jedes erhebliche Interesse; dagegen zirkulirten in den Konferenzsälen interessante Neuigkeiten. Sämmtliche General-Sekretäre der Ministerien sollen neu besetzt und eben so soll das Präfekten-Personal reorganisirt werden. Man sprach ferner davon, daß der gegenwärtige Unterrichts-Minister das von Falloux eingebrachte Unterrichtsgesetz zurückziehen, und daß der Präsident der Republik das Dekret der Constituante, welches vom nächsten 1. Januar die Getränksteuer aufhebt, aufrecht erhalten will; der Finanz-Minister Fould bekämpfte zwar den letzteren Entschluß, mußte aber dem Willen des Präsidenten nachgeben. Man erzählte sich weiter von der Weigerung des Hrn. Raynevαl, das Ministerium des Auswärtigen anzunehmen und von der Ernennung des Hrn. de la Moskwa zu diesem Posten, und endlich von der Ernennung des Generals Baraguay d'Hilliers zum Kommandanten der Expeditions-Armee in Rom an Stelle des Generals Rostolan. — Von diesen Nachrichten, die sämmtlich einen gewissen Grad von Gewißheit haben, ist eine bereits offiziell, und zwar die letztere. Der heutige Moniteur bringt das Dekret, welches den General Baraguay d'Hilliers zum Kommandanten der italienischen Armee ernennt, ohne jedoch darüber Etwas zu sagen, ob der General neben dem militärischen Posten auch den diplomatischen versehen wird. Die Wahl dieses Generals erscheint unter den gegenwärtigen Verhältnissen ziemlich sonderbar, da derselbe Präsident des bekannten Vereins der rue de Poitiers gewesen ist, dessen Politik in der römischen Frage sehr wenig mit der des Schreibens vom 18. August harmonirte. — Wie es heißt, soll das Vernehmen zwischen Louis Napoleon und General Changarnier keinesweges so befriedigend sein, wie die Journale es melden, und der General soll sogar nächstens eine Mission erwarten, die ihn von Frankreich entfernt. — Das Gouvernement hat heute zwei Kouriere aus Italien und einen aus Konstantinopel erhalten, die wichtige Depeschen überbrachten. Um 11 Uhr war im Elysee Ministerrath. — Der „Constitutionnel" meldet, daß die türkische Angelegenheit bis zu einem solchen Punkte gediehen ist, daß die französische Flotte, die bekanntlich die Order erhalten, nach der Levante zu segeln, bereits eine andere Bestimmung erhalten hat. — Ein aus Amerika in Havre angekommenes Schiff brachte den Sohn des durch den neuen Kaiser auf Hajti hingerichteten Ministers Ardonie mit. Der Kaiser Faustin I. hat sechs Prinzen, 60 Herzöge, Barone und Marquis creirt.

Italien.

Turin, 1. Novbr. Das hiesige Ministerium fährt in seinem gemäßigten Gange fort zu wirken und die großen Städte sind für dasselbe, wo auch die Wahlen gut ausgefallen sind. Die schlechtesten Kammer-Mitglieder sind von den entlegenen Ortschaften gewählt, wo die Dorfärzte, welche hier die Demagogen machen, wie anderwärts die wenig beschäftigten Advokaten die Demagogen machen. Nach der letzten Modifikation ist der berühmte Schriftsteller Markgraf Azeglio Minister-Präsident mit dem Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten geblieben. Minister des Innern ist nach dem Austritt des sehr unzuverlässigen Pinelli der frühere Minister des öffentlichen Unterrichts Galvagna geworden. Er war sonst ein geachteter Advokat. Justizminister ist der sonst als Professor der hiesigen juristschen Falkutät geschätzte de Marguerita. Minister des Handels, Ackerbaues und der öffentlichen Arbeiten ist der frühere Minister in der ersten konstitutionellen Zeit, der sehr rechtliche Santa Rosa. Minister des öffentlichen Unterrichts ist Christ. Mamelli, ein Sarde, vorher geschätzter Advokat. Kriegsminister ist General Bava, den man für den besten der hiesigen Generäle hält und bedauert, daß er nicht statt Chrzanowski kommandirte. Endlich Finanzminister ist der reiche Banquier Nigra, der mit seiner Anleihe Glück gemacht hat. Alle wollen den Fortschritt, keiner ist aristokratisch-reaktionär, alle für die Monarchie und den König, der treu an der Konstitution hängt. Man hofft auf diese Weise wenigstens hier das konstitutionelle Prinzip in Italien aufrecht zu erhalten und fürchtet nichts mehr als die Enthusiasten, die zu weit gehen wollen und überhaupt überall in Europa die Völker um die Früchte der Bewegung von 1848 gebracht haben. Hier ist nur eine Stimme darüber, daß die französische Revolution die Angelegenheiten in Italien verdorben habe. Die Leute des vernünftigen Fortschritts hegen jetzt schon denselben Widerwillen gegen die Franzosen, wie die rothen Republikaner, denen Frankreich zu wenig gethan hat. Wenn die deutsche Diplomatie klug wäre, würde sie diese Stimmung zu ihrem Vortheile ausbeuten. Allein so lange diese Diplomaten bei ihren aristokratischen Vorurtheilen bleiben, wonach Jeder, der nicht einblinder Anhänger des Alten ist, für einen Revolutionär gehalten wird, so lange ist an wahre Politik nicht zu denken. Darum erzählt man sich auch die lächerlichsten Anekdoten von den deutschen Diplomaten in Italien, die freilich sehr gegen die hiesigen Vornehmen abstechen. Hier waren i. J. 1821 die vornehmsten Familien in die Bewegung verwickelt, welche in Italien konstitutionelle Regierungen einführen wollten. Die reiche Familie S. Marzano und beinahe alle die Vornehmsten des Landes waren damals an der Spitze und wurden Jahre lang verfolgt, bis Carlo Alberto sah, daß Pius IX. ebenfalls den Fortschritt wollte, da erst wagte er sich von seinen Jesuiten zu emancipiren. Auch jetzt wieder waren die vornehmsten Familien für die Konstitution, während in Deutschland die Aristokratie zu verlieren fürchtete, machte die hiesige die größten Opfer zur Aufrechthaltung der Konstitution. Leider hatte auch hier die französische Revolution die traurigsten Folgen; es tauchten republikanische Ideen auf, welche einmal nur für Utopisten oder für Glücksritter Anziehungskraft haben. Daß die Religion auf die Politik jetzt keinen Einfluß mehr hat, sieht man hier am besten, es werden ganz neue prachtvolle Kirchen gebaut, die Frauen füllen alle Kirchen, und doch sagten die Geistlichen: bei dem Begräbniß des Königs haben wir endlich Deputirte in der Kirche gesehen, die seit 10 Jahren nicht mehr in derselben waren.

Lokales und Provinzielles.

* **Breslau**, 9. Novbr. [Die Abreise der königlichen Gäste] war auf heut morgen 9 Uhr festgesetzt. Schon am frühen Morgen hatte eine Deputation der Stadtverordneten, den Vorsteher Herrn Dr. Grätzer an der Spitze, Audienz bei Sr. Maj. dem Könige (s. unten). Außerdem wurden viele andere Notabilitäten der Stadt, unter ihnen der Fürstbischof von Diepenbrock, zur Audienz vorgelassen. Hierauf ward der Befehl zur Abreise gegeben. Mit dem Schlage 9 Uhr bestiegen die hohen Reisenden die bereit gehaltenen Wagen und fuhren nach dem Bahnhofe der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn. Auf dem Exerzierplatze und an den Promenaden waren dichte Volksmassen versammelt. Eine Kolonne Infanterie bildete Linie, und salutirte vor dem Könige. Während des kurzen Aufenthalts im Empfangszimmer des Bahnhofes sprach der König mit vielen der anwesenden Vertreter des Civil- und Militärstandes. Die von allen Seiten vorgetragene Bitte, es möge der König der Stadt Breslau recht bald wieder die Ehre seines Besuches gönnen, wurde nicht abgelehnt. Die hohen Reisenden, umgeben von einem nicht sehr zahlreichen Gefolge, nahmen in dem königlichen Eisenbahnwagen Platz. Längst war der Extrazug dem Auge entschwunden, als noch der Jubelruf des Volkes das Ohr berührte.

** **Breslau**, 9. Novbr. Heute Morgen nach 8 Uhr wurde die Deputation der Stadtverordneten durch den Ober-Präsidenten Herrn v. Schleinitz bei Sr. Majestät dem Könige eingeführt, um Ihn ehrfurchtsvoll zu begrüßen. Der Vorsteher Dr. Grätzer sprach die Versicherung der Treue und Anhänglichkeit an das Königshaus, so wie die Freude aus, Se. Majestät in unserer Stadt zu sehen. Se. Majestät der König erwiederten, wie Sie es bedauerten, die Stadtverordneten nicht schon gestern Abend haben sprechen zu können, weil Sie zum Empfange Ihrer Majestät der Königin nach dem Bahnhofe hätten fahren müssen. Sie bemerkten, daß es in Breslau besser geworden sei, und forderten die Stadtverordneten auf, von ihrem Einflusse kräftig Gebrauch zu machen. Es sei das Uebel fast in allen großen Städten gewesen, daß die Communal-Behörden geglaubt haben, wenn sie mit dem Strome schwimmen, sie diesen auch besiegen würden. Die Geschichte aber beweise das Gegentheil. Se. Majestät sprachen noch das Bedauern aus, Sich aus Zeitmangel hier nicht umsehen zu können, und fügten hinzu: Ich wünsche, daß, wenn Ich nach meinem lieben Breslau wiederkehre, Ich auch Meine eben ausgesprochene Erwartung erfüllt finde. Zum Schlusse ließen Sich Se. Majestät der König von dem Vorsteher die einzelnen Mitglieder der Deputation vorstellen, worauf diese freundlichst entlassen wurden.

* **Breslau**, 9. Novbr. [Stadtverordneten Sitzung.] In der gestrigen Sitzung wurde auf dem von den städtischen Behörden gestellten Antrag: von Steinkohlen, Coaks und Braunkohle eine Kommunal-Abgabe zu erheben, der Bescheid der Regierung vorgelegt, nach welchem für jetzt dieser Antrag nicht genehmigt worden ist.

[Korn-Halle auf dem Neumarkt.] Die gemischte Kommission hat sich, mit Ausnahme der zu dieser Kommission hinzugezogenen Einwohner des Neumarkts, gegen das Tropplowitzsche Lokal, als zur Kornbörse ganz ungeeignet, ausgesprochen. Der Aufbau einer Kornhalle auf dem Neumarkt, beantragt von mehreren Bewohnern daselbst, fand keine Zustimmung in der Versammlung, welche der Magistrats-Erklärung, daß gegen die vom Polizei-Präsidio bewilligte Verlegung der Getreidebörse nach Proben in das Börsenlokal nichts einzuwenden sei, beitrat.

[Steuerimmunität.] Auf die von den städtischen Behörden ergangene Aufforderung an Beamte und Pensionäre, auf ihre Steuerimmunität freiwillig zu Gunsten der Stadt zu verzichten, hatten eine, wenn auch nur geringe Anzahl von Männern sich hierzu bereit erklärt, so daß eine neue Einnahme von 780 Rtl. für die Kommune erwächst. Die Stadtverordneten beschlossen auf Antrag der Finanzkommission weitere Aufforderungen ergeben zu lassen, und in freudiger Anerkennung die Namen der Männer, welche auf diese Weise ihre Theilnahme am Wohle der Kommune zu erkennen geben, zu veröffentlichen.

---

* **Breslau**, 9. Novbr. [Evangelischer Verein. Versammlung am 6. Novbr.] Büchler ist Vorsitzender. Vier im Fragekasten enthaltene Fragen, bezüglich auf Gegenstände des christlichen Glaubens und Lebens, werden von Böhmer erledigt. Was das Leben insbesondere angehe, so werde es von dem Vereine mittelbarer Weise, z. B. durch Vorträge, gefördert. Büchler wünscht eine größere Ausbreitung dieser Wirksamkeit. Weingärtner beantwortet die fünfte Frage, welche die Verschiedenheit der von den Breslauer Geistlichen bei der Abendmahlsfeier gebrauchten Worte betrifft. Er verweist auf die Gründe der Abweichungen und die Bestimmung der Agende. Krause erledigt die sechste Frage, deren Gegenstand die freie Aussprache theologischer Ansichten im Vereine ist. Krause erklärt sich dafür.

Daran knüpft Herbstein eine Berichtigung und Ergänzung dessen, was er in seinem Vortrage in der vorletzten Versammlung über die Person Christi gesagt hatte. Er erklärt, es würde ihm sehr schmerzlich sein, wenn man glaubte, er habe das, was er zu lehren sich berufen fühle und selbst von dem Stifter der christlichen Religion glaube, mit dem Wenigen, was er über ihn geäußert, aussprechen oder gar erschöpfen wollen. Er bittet zugleich, im Auge zu behalten, daß er sich an solche gewendet habe, welche die von ihm damals bezeichnete Ansicht hegen und fühlt sich zur Vermeidung von Mißverständniß gedrungen, das über solche ausgesprochene Urtheil dahin zu ändern, daß sie auch auf einem guten Wege sind, wenn sie gewissenhaft ihrem hohen Vorbilde in ihrem Wandel nachfolgen. Zur Begründung des Urtheils: Du bist auf einem ganz guten Wege, gehört allerdings die Voraussetzung des Glaubens, daß Christus, obwohl Mensch gleich uns — Phil. 2, 7. — doch mit seinem himmlischen Vater in der innigsten Verbindung stand, d. h. eins war mit Gott. Joh. 10, 30, und 17, 21.

Böhmer bemerkt, daß das Evangelium geeignet sei, die Bedürfnisse der Vernunft, des Willens und Gefühls in religiöser Hinsicht zu befriedigen. Der Verein müsse Platz haben für eine jede Richtung, die ihrem Wesen nach ächt evangelisch sei. An eine siebente, auf die Störungen bei dem Gottesdienste sich beziehende Frage knüpft Krause den Vorschlag, im Vereine durchzusprechen, was für Mängel der jetzigen Form des Gottesdienstes anhaften. Die Versammlung genehmigt den Vorschlag. Anträge, die Abänderung der Mängel betreffend, sollen nicht, wie Weingärtner wünscht, bei Worthmann, sondern wie Sommerbrodt und Krause vorschlagen, im Fragekasten niedergelegt werden. Sodann fragt Krause bei der Versammlung an, ob sie sich bei einer Zusammenkunft der unirten Partei in Berlin durch einen Abgeordneten, dem die Kosten mit 20 Thalern zu vergüten seien, betheiligen wolle, um hiedurch die Kräfte der Partei zu stärken. Böhmer findet es ausreichend, daß der Verein seine Ansichten von der Union, die allerdings befördert werden müsse, brieflich jener Zusammenkunft eröffne. Der Verein möge die 20 Thaler den zahlreichen Breslauer Armen spenden! Ein Verein, der von dem Evangelium seinen Namen herleite, habe die Aufgabe, sowohl die geistige als auch die leibliche Noth zu lindern, wie Christus solches gethan. Nach der Ansicht Sommerbrodt's hat der Verein einen religiösen Zweck und braucht somit nicht auch ein Armenverein zu sein. Weingärtner weist darauf hin, daß das Christenthum allerdings vornehmlich die Wohlthätigkeit uns an das Herz lege; man dürfe aber darum andere große Ideen nicht bei Seite lassen. Die Versammlung bejaht die Anfrage und beschließt, selbst den Abgeordneten zu wählen. Zum Schluß hält Krause einen Vortrag über die Segnungen, welche die Reformation für das Leben der Völker gebracht. Sie habe nicht bloß im kirchlichen Leben große Veränderungen hervorgebracht, sondern in den Gegenden, die jetzt protestantisch seien, eine bessere Kultur, Gesetzgeburg und Sittlichkeit geschaffen. Diejenigen Völker schritten am meisten fort, welche sich dem christlichen Geiste am unmittelbarsten hingäben. Wenn Deutschland durch Kriege gelitten habe und zerspalten sei, so sei das nur in Folge der Reformation geschehen und durch Druck und Gewalt ihrer Gegner verursacht. Die Reformation sei nicht die Mutter der Revolutionen, da sie sich für die Legitimität Christi in der Kirche erhoben habe. Auch begünstige sie nicht den Absolutismus, da sie die mittelalterliche Macht der Feinde der Volksfreiheit, nämlich des Adels und der Geistlichkeit, habe brechen müssen und daran noch arbeite.

---

† **Breslau**, 9. November. [Polizeiliche Nachr.] Am 5. d. wurden aus einer mittelst Nachschlüssel geöffneten Stube in dem Hause Nr. 10 in der Gar-

tenstraße 5 Rtl. in Kassenanweisungen, circa 200 Stück Büchsenpatronen, eine Cigarrenspitze und andere Gegenstände gestohlen.

Am nemlichen Tage wurde in dem Hause Nr. 8 am Neumarkt ein in einer mittelst Nachschlüssel geöffneten Stube gestandener Kleiderschrank gewaltsam erbrochen und aus demselben circa 75 Rtl. theils in Courant, theils in Kassenanweisungen, sowie eine kupferne Büchse, in welcher sich 6 Rtl. in verschiedenen Geldsorten befanden, entwendet.

Am 6. wurde eine wohl verwahrte und versiegelte Stube geöffnet und aus derselben eine Menge neuer Rohrstühle, Schränke, Spiegel, Porzellan, Gläser, kupferne, messingene und eiserne Geschirre, Betten, Tischwäsche rc. entwendet gefunden.

Am 7. wurden aus einem mittelst Nachschlüssel geöffneten Entree in dem Hause Nr. 4a in der neuen Schweidnitzer Straße zwei schwere silberne Eßlöffel gestohlen.

Seitens der hiesigen Stadtbaudeputation werden vom 5. bis incl. 10. d. M. bei öffentlichen Bauten beschäftigt: 38 Maurergesellen, 8 Steinsetzer, 12 Zimmergesellen und 194 Tagearbeiter.

---

§§ Breslau, 9. Novbr. [Die Abgeordneten der Sattlerinnung] haben sich des ihnen gewordenen Auftrages bei dem Handelsminister Herrn v. d. Heydt entledigt und sind gestern von Berlin hierher zurückgekehrt. Der Minister nahm das kunstvoll gefertigte Ehrenmitglieds-Diplom des hiesigen Sattlergewerkes freundlich an und zog die Deputation zu Tische. Das Diplom ist von einem unserer Mitbürgern Herrn Koska auf Pergament gearbeitet.

---

† (Aus der Provinz.) In der Nacht vom 2ten zum 3ten November wurden aus der Kirche zu Költschau im Kreise Reichenbach mittelst gewaltsamen Einbruchs von bis jetzt noch unbekannten Thätern mehrere Kirchengeräthschaften gestohlen. — Am 7ten November erschoß in Jauer der bei dem Detaschement des 1sten Bataillons 7ten Landwehr-Regiments als Schuhmacher eingezogene Wehrmann Wiloch die separirte Frau des Handschuhmacher Mertin aus Rache, daß sie denselben wegen an ihr verübter Mißhandlungen verklagt hatte. Nach verübter That hat Wiloch durch einen zweiten Schuß seinem Leben ein Ende gemacht.

---

* Auras, 8. Novbr. Am gestrigen Tage ist der neu erwählte Bürgermeister, Lieutenant Roy hieselbst, vom königl. Kreis-Landrath nach einer kirchlichen Feier in das Magistrats-Kollegium eingeführt, und nächst dem neu erwählten Rathmann, Kaufmann Rettig vereidet worden.

---

* Hirschberg, 8. November. [Die bevorstehenden Servis-Abschätzungen. — Projektirter Bau einer Kaserne und eines Inquisitoriats. — Rathsherrn-Wahl. — Simultan-Kirchhof.] Das häufige Klagen über Geschäftslosigkeit ist nicht immer in der Wahrheit begründet, und wenn gerade während der Zeit der Servis-Abschätzungen gewisse Leute, die man doch täglich die besten Geschäfte machen sieht, dennoch über Mangel an Geschäften klagen hört, so ist der Zweck solcher Aeußerungen zu offenkundig, als daß auch selbst der simpelste Mensch nicht einsehen sollte, worauf dieselben abzielen. Unsere Abschätzungs-Kommission wird sich daher wohl nicht durch derartige, aus der Luft gegriffene Klagen abhalten lassen, ihre Pflicht und Schuldigkeit zu thun, und in der That nur solche berücksichtigen, deren abnehmende Geschäfte oder gänzliche Nahrungslosigkeit augenscheinlich am Tage liegen und deren Beschwerden deshalb gerechtfertigt erscheinen. — Seit meinem letzten Berichte ist ein anderes Leben in unsere Verwaltung gekommen; ja, viele unserer Bürger sehen mit einer gewissen Zuversicht auf die jetzigen Stadtverordneten, da sie sehen, daß in denselben Energie und Thatkraft sich entwickelt. So wurde der Antrag des Kaufmann Weinmann: „die Stadt-Verordneten-Versammlung wolle beschließen, falls die Regierung die Versicherung giebt, daß in Zukunft für immer eine Garnison nach Hirschberg verlegt würde, auf eigene Kosten der Stadt eine Kaserne zu erbauen," einstimmig angenommen. — Eben so wurde auf Antrag desselben beschlossen, wenn die Regierung geneigt sein sollte ein Geschwornen-Gericht nach Hirschberg zu verlegen, „auf eigene Kosten ein Inquisitoriat zu erbauen." Der Vortheil, welcher, wenn die Regierung ihre Zustimmungen ertheilt, daraus der Stadt und Umgegend entspränge, wäre ein bedeutender. — Hrn. Watte-Fabrikant Euers, der als Rathsherr gewählt worden, jedoch von der Regierung wegen „Geschäftsunkenntniß" nicht bestätigt worden ist, wollen die Stadtverordneteu annoch als Rathsherr haben; deshalb, mit der Nichtbestätigung nicht einverstanden, beschlossen sie, der Regierung die Mittheilung zu machen, daß sie überzeugt wären, wie Hr. Euers das ihm übertragene Amt auf das Gewissenhafteste verwalten würde, und auch die Befähigung dazu besitze, weshalb die Stadt-Verordneten nochmals die Bestätigung nachsuchen müßten. — Der Petition der Breslauer Stadt-Verordneten wegen Aufhebung des Disciplinar-Gesetzes in Bezug auf Kommunalbeamtete vom 11. Juli, wurde durch Beschluß mit sehr großer Majorität beigetreten, und eben so auf Antrag einer großen Anzahl hiesiger Bürger, gegen die Regierung den Wunsch auszusprechen, die Suspension des Lehrer Wander aufheben zu wollen, da die Commune einen so tüchtigen Lehrer nicht länger entbehren könne u. s. w. — Trotzdem die Cholera uns nicht belästigte, sind doch beide Kirchhöfe, der eine ganz, der andere beinahe, an Gräbern vollzählig, weshalb die Stadt-Verordneten, da sie sehen, daß unter der Erde sich die verschiedenen Confessionen recht gut vertragen, seitwärts der Hartauer Straße einen Simultan-Kirchhof errichten werden. Eine Kommission wird deshalb das Nöthige anordnen. — Ueberall, nur nicht in Hirschberg, ist man mit Bildung von Gewerberäthen vorangeschritten und Professionisten, welche sich prüfen lassen wollen, sind genöthigt nach Schönau zu gehen. Man sagt, daß der Grund dieser Verzögerung beim Magistrat zu suchen sei. Unsere Handwerker erwarten durchaus alles Heil von der Bildung der Gewerberäthe.

Inserate.

Bekanntmachung.

Unter Verweisung auf die in dem kirchlichen Wochenblatte erscheinende und von den Kanzeln zu verlesende Bekanntmachung werden die stimmfähigen Mitglieder der Kirchgemeinde zu St. Maria-Magdalena zu der

Dinstag den 27. November d. J., Vormittags 9 Uhr,

stattfindenden Repräsentanten-Wahl hierdurch eingeladen.

Breslau, den 2. November 1849.

Das Kirchen-Kollegium zu St. Maria-Magdalena.

Nur die schlesische Schullehrer-Zeitung und der pädagogische Wächter bringen die amtlichen Berichte über die Sitzungen des schlesischen Central-Vereins für die freie Volksschule.

Breslau, den 8. November 1849.

Köhler, z. Z. Vorsteher.

Konstitutionelle Bürger-Ressource.

Tagesordnung zum 12. November 1849:

1) das Gewerbegesetz vom 9. Februar 1849,
2) ist eine Zolleinigung zwischen Oesterreich und Preußen für Schlesien wünschenswerth?

Theater-Nachricht.

Sonnabend. 37ste Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. Neu einstudirt: **„Linda von Chamounix."** Große Oper in 3 Aufz. von Gaetano Rossi, Musik von Gaetano Donizetti. — Personen: Graf Arthur von Sirval, Herr Weixlstorfer. Der Marquis von Boisfleury, Herr Mosewius. Anton Soustalo, Pachter, Herr Rieger. Marthe, seine Frau, Frau Baumeister. Linda, deren Tochter, Frln. Louise Meyer. Der Rektor, Herr Prawit. Pierotto, ein armer Savoyardenknabe, Herr Stotz. Der Verwalter, Herr Campe.

Sonntag den 11. Nov. Zur Erinnerung an Friedrich von Schiller's Geburtstag. **„Die Jungfrau von Orleans."** Tragödie in 6 Akten von Friedrich von Schiller.

H. 13. XI. $6\frac{1}{2}$. R. u. T. □ I.

Verbindungs-Anzeige.

Die heut vollzogene Verbindung seiner Tochter Klementine mit Herrn Pastor Knispel aus Linden, zeigt Freunden und Verwandten ergebenst an:

Möbius, Pfarrer.

Konradswaldau bei Brieg, 6. Nov. 1849.

Als Neuvermählte empfehlen sich:
Ludwig Knispel, Pfarrer.
Klementine Knispel, geb. Möbius.

Entbindungs-Anzeige.

Heute Abend 8 Uhr wurde meine geliebte Frau Louise, geb. Kynast, von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden.

Breslau, den 8. November 1849.

Thierarzt Hinkefuß.

Concert-Anzeige.

Heute Sonnabend den 10. Novbr. findet meine **Soirée im Saale der Humanität** präcise 7 Uhr bestimmt statt.

G. Friebe.

Aufruf!

Frau Karoline, geb. Barisch, seit vielen Jahren nahe bei Breslau mit einem Manne verheirathet, dessen Name unbekannt, wird um Angabe ihres Aufenthalts an die Expedition dieser Zeitung **dringend** gebeten. Die Genannte ist am Rhein geboren und hatte im Gouvernement Radomsk in Sulikow und später in Mierzycyce einen Bruder, den Oberförster Karl Barisch.

Ich wohne jetzt am **Ohlauer-Stadtgraben Nr. 16,** in der chirurgischen Klinik. Dr. **Lange.**

So eben ist erschienen:

Blum's Todestag!

Zur Erinnerung an sein Leben und Sterben, mit dem Brustbilde Blum's

Preis: 1 Sgr.

Louis Braun, Hintermarkt Nr. 2.

Der Unterzeichnete verfehlt nicht, öffentlich der wohllöbl. Direktion der schlesischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft seinen tief gefühltesten Dank auszusprechen für die eben so uneigennützige als billige und lieberale Handlungsweise, welche dieselbe bei dem ihn betroffenen Brand-Unglück, obgleich der Buchstabe der Police-Bedingungen vollkommen gegen ihn war, so human an den Tag gelegt hat. Belkawe bei Winzig.

Fiedler.

Zwei Wirthschafterinnen

können bald oder Weihnachten gut placirt werden:

für einen Rittergutsbesitzer, (Wittwer);
desgl. für einen unverh. Gasthofbesitzer.

Näheres sagt der Kommissionär Meyer in Hirschberg.

Ein Wirthschaftsbeamter,

27 Jahre alt, unverheirathet, militärfrei und mit den besten Zeugnissen versehen, sucht von Weihnachten an ein anderweitiges Engagement. Näheres bei Herrn Kaufmann Reimelt, Ohlauerstraße in der Kornecke.

☞ Da das Buch „Aus dem Leben einer emancipirten Frau" aus Familien-Rücksichten vorläufig nicht erscheint, habe ich den geehrten Herren Subscribenten den Betrag von 20 Sgr. wieder zustellen lassen. Diejenigen Herren, welche jedoch noch im Besitz von Marken sind, werden höflichst ersucht, gegen Angabe derselben bei dem Lohndiener Winther, Hotel de Silesie, den Subscriptions-Betrag im Laufe der nächsten Woche gefälligst in Empfang zu nehmen.

Sep. Rittmeister **Lehmann,** geb. **Emilie Wuttge.**

Am 9. November ist mir von der Nikolaistraße bis nach der Post ein schwarz eingebundener, für mich ausgestellter Meßbrief I. 2755 nebst Nummer- und Gewerbeschein verloren gegangen. Ich ersuche den ehrlichen Finder, solches gegen 15 Sgr. Belohnung an die Herren D. W. Piefke u. Comp., Werderstraße Nr. 34, baldigst abzugeben.

Friedrich Walter a. Kottwitz, Kr. Glogau.

Der hierselbst verstorbene Kaufmann Herr **Isaac Zaller Cohn** legirte ein Kapital von 10,000 Rthlr., welches beziehungsweise auf 12,000 Rthlr. erhöht wird, dessen Zinsen nebst freier Amtswohnung einem jüdischen Gelehrten gewährt werden sollen, der das 40ste Lebensjahr schon erreicht und seine Rabbinatsfähigkeit vor drei Rabbinatsgerichten (Besdin, mit denen wir wirklich fungirende Rabbiner gleichstellen zu können glauben) bescheinigt beizubringen im Stande ist.

Die Auswahl steht dem unterzeichneten Gemeinde-Vorstande und 6 von demselben bereits erwählten Mitgliedern, nebst den beiden im Testamente benannten Erben zu.

Es wird daher vorbehaltlich der bereits nachgesuchten landesherrlichen Genehmigung zu dieser Rabbinats-Stiftung **der Wahltermin auf Montag den 10. Dezember d. J., V. M. 9 Uhr, hierorts im Gemeinde-Sessions-Zimmer** anberaumt, bis wohin Befähigte in frankirter Zuschrift an den Gemeinde-Vorstand hierselbst unter Beifügung der nöthigen Beweisstücke sich zu melden haben, bei welchem auch die sonst darauf bezüglichen testamentarischen Bestimmungen zu erfragen sind.

So geschehen Glogau den 9. September 1849.

Der Vorsteher und die Aeltesten der hiesigen jüdischen Gemeinde.

Levysohn. Lehfeldt. Ludwig Michaelis. R. L. Ostertag. Heimann Levy.

Kurhessisches Staats-Anlehen von 6,725,000 Thalern.

Neunte Prämien-Verloosung.

Ziehung am 1. Dezember in Kassel. Haupt-Prämien: **56,000 Fl., 14,000 Fl., 7000 Fl., 3500 Fl.,** 2 à **1750 Fl.** rc. rc. Geringste Prämie **96 Fl.** Ganze Aktien für diese Verloosung à **2** preuß. Thlr., halbe à **1** preuß. Thlr. sind bei dem unterzeichneten Handlungshause zu beziehen. Pünktliche Einsendung der amtlichen Ziehungsliste wird zugesichert. Auch habe ich noch eine Anzahl **Badischer** Aktien für die am 30. November stattfindende Ziehung zu den bekannten Preisen abzugeben.

Moritz J. Stiebel, Banquier in Frankfurt a. M.

☞ Heilsame Erfindung. ☜

Hümmert's

Pollutionverhütungs-Instrument m. Suspensorium,

welches, ohne im Geringsten Unannehmlichkeiten oder nachtheilige Folgen für die Gesundheit herbeizuführen, durchaus keine Pollution zuläßt. Die Wahrheit dieser Aussage ist durch vielfache Erfahrungen bestätigt und durch Zeugnisse der berühmtesten Aerzte, als von Hrn. Prof. Dr. Braune, Hrn. Prof. Dr. Carus, Hrn. Prof. Dr. Cerutti zu Leipzig, Hrn. geh. Med.-Rath Dr. v. Blödau zu Sondershausen und vielen andern dargethan, weshalb ich mich jeder weitern Empfehlung enthalte. — Gegen portofreie Einsendung des Betrags erhält man Instrument nebst Gebrauchs-Anweisung vom Unterzeichneten zugeschickt.

1 Instrument in feinem Neusilber 4 Rtl. pr. Kour.,
1 " " " Messing 3 " "
1 " " " Holz 2 " "

K. Frankenheim in Bleicherode bei Nordhausen.

Compagnon-Gesuch.

Zu einem bereits seit mehreren Jahren bestehenden soliden Geschäft, welches weder der Mode noch einer Conjunktur unterworfen ist, wird, um dasselbe noch zu vergrößern, ein Compagnon mit einem Kapital von mindestens 4000 Rthlrn. gesucht. Näheres auf frankirte Anfragen unter K. Nr. 13 poste restante Breslau.

☞ Ein zuverläßiger und praktischer Forstbeamter rc., der Manchem wünschenswerth sein dürfte, wünscht in diesem Fache rc. wieder eine Anstellung. Näheres auf Offerten E. M. S. 48. Wittfrau Kaspar, Schmiedebrücke Nr. 62 in Breslau.

Ein $6\frac{1}{2}$-oktaviger **Flügel,** von gutem Ton, ist zu verkaufen; Näheres Weidenstraße Nr. 25, zweite Etage links.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Kloster-Straße Nr. 53 a. und 54 belegenen, dem Zimmermeister Joseph Morawe gehörigen, auf 30,884 Rthlr. 18 Sgr. 1 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 10. Mai 1850,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Obergerichts-Assessor Wendt in unserm Parteien-Zimmer anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 5. Oktober 1849.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Verdingung von Böttcher-Arbeit.

In den hiesigen königlichen Magazinen sollen 1868 Stück neue Mehlfässer reparirt, 815 Stück alte, zerlegte Mehlfässer aber wieder aufgestellt und diese Böttcher-Arbeit

Montag den 12. November d. J.

Morgens 10 Uhr in unserm Büreau (Schmiedebrücke Nr. 29) an den mindestfordernden, qualifizirten Böttchermeister verdungen werden.

Die Bedingungen werden im Termine bekannt gemacht, liegen aber auch in unserm Büreau zur Einsicht bereit.

Breslau, 8. November 1849.
Königliches Proviant-Amt.

Freiwilliger Verkauf.

Der Herr Kaufmann Wilhelm Wellmann hieselbst beabsichtigt wegen Veränderung seines Wohnorts die ihm eigenthümlich gehörige, am Koseler Bahnhof zu Kandrzin gelegene Besitzung aus freier Hand zu verkaufen.

Dieselbe ist neu erbaut, enthält einen Morgen und 11 □Ruthen Grundfläche und besteht aus einem Wohnhause, Pferdestall, Wagenschuppen mit Nebengebäuden, Lagerplatz, Schüttboden und Magazin nebst einer vollständig eingerichteten Bäckerei.

Die vortheilhafte Lage an der Eisenbahn bietet die Gelegenheit dar, daß der Geschäftsmann sich nach allen Richtungen mit seiner Waare ohne großen Kostenaufwand, z. B. nach Ratibor, Myslowitz, Breslau 2c. bewegen kann.

Eine Konkurrenz ist nicht zu fürchten, da außer dieser Besitzung daselbst kein Grundstück an der Bahn mehr zu acquiriren ist, wie Herr 2c. Wellmann versichert.

Auch eignet sich gedachte Besitzung zur Anlage einer Oelmühle, indem hinlänglich Raum im Hause dazu vorhanden ist.

Dem Wunsche des genannten Herrn 2c. Wellmann gemäß, habe ich zum öffentlichen Verkauf dieser Besitzung einen Termin in meiner Amtskanzlei hieselbst **auf den 28. November d. J.** Nachmittag 3 Uhr anberaumt und lade hierzu zahlungsfähige Kauflustige mit dem Bemerken ein, daß sich Herr 2c. Wellmann die Einwilligung in den Zuschlag ausdrücklich vorbehalten hat und daß, sobald solcher erfolgt ist, auf Grund des Licitations-Protokolls der diesfällige Kaufvertrag sofort von mir notariell aufgenommen werden soll.

Die in Rede stehenden Gebäulichkeiten sind übrigens in der vaterländischen Feuerversicherung zu Elberfeld mit 3000 Rtlr. assekurirt.

Die Kaufbedingungen, so wie Zeichnungen und Situations-Plan der zu verkaufenden Besitzung können während der Amtsstunden in meiner Kanzlei noch vor dem obigen Termine eingesehen werden.

Groß-Strehlitz, 31. Oktober 1849.

Der königl. Rechtsanwalt und Notar,
Justiz-Rath **Gründel.**

Bekanntmachung.

Höherer Verfügung zu Folge soll das zu Schloß Löwen sub Nr. 34 an der Straße über Kantersdorf nach Grottkau belegene, dem vormaligen Seminar in Löwen gehörende Grundstück an den Bestbietenden öffentlich veräußert werden. — Dasselbe besteht aus:

einem 2 Geschoß hohen Wohngebäude von Bindwerk, mit Schindeldach;

einem 1 Geschoß hohen massiven, theilweise überwölbten, Wohnraume und Remise enthaltenden Nebengebäude;

einem 1 Geschoß hohen Nebengebäude, von Stielwerk mit Bretterbekleidung, einem massiven Giebel und Ziegelbedachung, welches Räume zur Aufbewahrung des Holzes 2c. enthält; und

einem Garten excl. Hof- und Baustellen, von circa 4 1/5 Morgen Fläche, und zum Theil mit schönen tragbaren Obstbäumen bestanden.

Der Licitationstermin ist zu Löwen auf

Mittwoch, den 5. Dezember d. J.,
Nachmittags von 2 bis 6 Uhr,

im Gasthofe zum gelben Löwen anberaumt worden, wozu Bietungslustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die der Veräußerung zu Grunde gelegten Bedingungen in den Rathskanzleien zu Löwen und zu Grottkau, so wie im Bureau des Unterzeichneten während der üblichen Dienststunden, ingleichen im Termin selbst eingesehen werden können, auch die Besichtigung des Grundstücks auf vorgängige Meldung bei dem im Nebengebäude desselben wohnenden Hausmann zu jeder schicklichen Zeit gewährt ist.

Brieg, den 6. November 1849.

Der königliche Departements-Bau-Inspektor
Bergmann.

Steckbrief.

Der Buchbindermeister Christian Eurich aus Brieg, welcher wegen Versuchs der Aufruhrserregung durch das Schwurgericht unter Verlust der Nationalkokarde mit fünfzehnmonatlicher Zuchthausstrafe belegt worden, hat sich von Brieg heimlich entfernt, ohne daß sein gegenwärtiger Aufenthalt zu ermitteln gewesen ist.

Es werden alle Civil- und Militär-Behörden des In- und Auslandes dienstergebenst ersucht, auf denselben zu vigiliren, im Betretungsfalle festnehmen, und mit allen bei ihm sich vorfindenden Gegenständen und Geldern mittelst Transports an die hiesige Gefängniß-Expedition abliefern zu lassen. Es wird die ungesäumte Erstattung der dadurch entstandenen baaren Auslagen und den verehrl. Behörden des Auslandes eine gleiche Rechtswillfährigkeit versichert.

Breslau, den 5. November 1849.
Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung für Strafsachen.

Bekanntmachung.

Ueber das Vermögen des Kaufmann und Gasthofbesitzer G. Kerger von Liegnitz ist der Konkurs eröffnet worden. Alle unbekannte Gläubiger des Gemeinschuldners haben ihre Forderungen in termino

den 21. Januar 1850,
Vormittags 9 Uhr,

vor dem Deputirten Herrn Referendarius Boeck im hiesigen Parteienzimmer, Bäckerstraße Nr. 89/90 anzumelden und zu bescheinigen. Die Ausbleibenden werden mit ihren Ansprüchen an die Masse präkludirt und es wird ihnen deshalb gegen die übrigen Gläubiger ein ewiges Stillschweigen auferlegt werden.

Liegnitz, den 10. September 1849.
Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.
Lühe.

Bekanntmachung.

Die Vormundschaft über unsere zeitherige Pflegebefohlene Pauline Waliczek, verehelichte Polizei-Sekretär Krzewitz zu Oppeln, welche am 1. Juli 1849 die Volljährigkeit erreicht hat, wird fortgesetzt und es bleibt daher deren Vermögen unter vormundschaftlicher Verwaltung, die Pflegebefohlene selbst aber in der Disposition darüber wie zeither beschränkt.

Ober-Glogau, den 22. Oktober 1849.
Königliche Kreis-Gerichts-Deputation.
Zweiter Bezirk.

Verkauf alten Kupfers.

Das Kupfer von den am 18. Juni v. J. durch einen gewaltigen Orkan herabgestürzten Thürme der hiesigen Jesuiten-Kirche, etwa 55 Centner betragend, soll meistbietend verkauft werden. Etwanige Käufer werden daher aufgefordert, ihre Gebote bis zum 6. Dezember d. J., Mittags 12 Uhr, dem hiesigen Probst Turkowski schriftlich und portofrei zugehen zu lassen. Das Kupfer wird, sobald das Meistgebot höhern Orts genehmigt ist, auf seinem Lager hier gegen baare Zahlung übergeben werden.

Bromberg, den 4. Novbr. 1849.
Das Kirchen-Kollegium
und das Comité für den Wiederaufbau der Jesuiten-Kirchthürme.

Alle Schuldner der Knopfwaarenhändler **Johann Traugott** und **Johann Gottlieb Härting** allhier werden andurch aufgefordert, die rückständigen Beträge bis spätestens zum 15. kommenden Monats an das hiesige Stadtgericht oder an mich resp. portofrei zu berichtigen, widrigenfalls gegen die Säumigen mit Klageanstellung verfahren werden wird.

Leipzig, den 1. Oktober 1849.
Adv. **Theodor Winter,**
Gütervertreter zum Kreditwesen der Gebrüder Härting.

Ein Freigut

in Ostpreußen, Kreis Lyk, an der polnischen Grenze, 24 Meilen von Warschau (Eisenbahn, von dort Chaussee), mit einem einträglichen Kramhandel, über 106 Morgen Weizenboden, schönen Wiesen, Gärten, Torfstich, neuen Gebäuden, v llst. leb. und todt. Beilaß, Einschnitt, Bestallung und Möbeln, habe ich für den festen Preis von 2000 Rthl., mit 1000 Rthl. Anzahlung, sofort zu verkaufen.

Rhau, Rechtsanwalt und Notar,
in Breslau Ring Nr. 57.

Nachlaß-Auktion.

Die Bibliothek und einige Möbel des verstorbenen Herrn Hofrath Dr. Borkheim, werde ich Ring Nr. 60, 2 Treppen hoch, Mittwoch den 14. November Nachmittags von 2 Uhr ab öffentlich versteigern.

Saul, Auktions-Kommissarius.

Frische Austern bei Ernst Wendt.

Frische Trüffeln

empfing und empfiehlt:
Christian Gottlieb Müller.

Ein großer Glasschrank
ist billig zu verkaufen Wallstraße Nr. 1 a, erste Etage links.

Heiraths-Gesuch.

Ein Gutsbesitzer in den 20er Jahren, christlicher Religion, gut gewachsen, sucht aus Mangel an Bekanntschaften auf diesem Wege eine Lebensgefährtin, in eben dem Alter. Als hervorragende Eigenschaften einer solchen wünscht er Herzensgüte, nicht abstoßendes Aeußere und ein disponibles Vermögen von 5 bis 6000 Thalern, für welches er jedoch genügende Sicherheit stellen kann.

Sollte unter Versicherung strengster Diskretion auf obiges Gesuch reflektirt werden, so wird gebeten, die desfallsigen Adressen unter dem Zeichen R. L. poste restante franco Neisse gefälligst einzusenden.

Bischoff's Restauration, Ring Nr. 48,
! Immer Vergnügt!
frisches Berliner Weißbier.

! Immer Vergnügt!
Bischoff's Restauration, Ring 48, empfiehlt einem hochgeehrten Publikum seine zu jeder Tageszeit mit schmackhaftesten Speisen versehene Küche, auch werden Mittags-Abonnenten angenommen.

Heute Sonnabend den 10. November: Zum **Fleisch- und Wurst-Ausschieben** ladet ergebenst ein: **Höbel,** Schankwirth, Wassergasse Nr. 17.

Fleisch- u. Wurstausschieben,

Sonntag den 11. Novbr., wozu ergebenst einladet: **Seiffert** in Rosenthal.

Zur Kirmes nebst Tanz
auf Sonntag und Montag den 11. und 12. Nov. ladet ergebenst ein: **Fabian,**
im Morgenauer Kretscham.

Ein baierisch. Bierkeller

auf einer der belebtesten Straßen in der Nähe des Marktes gelegen, mit besonders schönen Räumlichkeiten, ist Familienverhältnisse halber sofort zu vergeben durch das Kommissions-Bureau von

E. Berger, Bischofsstr. 7.

Eine große Restauration

in Mitte der Stadt ist sofort zu verpachten durch **E. Berger,** Bischofsstraße 7.

= Ganz probates =
= Haarfärbungs-Mittel, =
à Fl. 15 und 17 1/2 Sgr., dem Haare die schönste dunkelschwarze Färbe dauernd zu geben, empfiehlt:
C. A. Bartsch, Reuschestr. 2, 2 Stieg.

Frische Kieler Sprotten

empfing und offerirt billigstens:
Jos. Titze, Reuschestr. 58/59.

Bestes dopp. raffinirtes
Rüböl,

für dessen **vorzügliche und reine Qualität garantire,** empfehle sowohl im Einzelnen wie im Ganzen billigst.

W. Schiff,
Reuschestraße 58/59.

Ein kleines u. großes Gewölbe nebst Parterre-Wohnung
sind zu vermiethen:
Reuschestraße 58/59,
nahe dem Blücherplatz.

Gouvernantenstelle.

Eine gräfliche Familie sucht unter höchst annehmlichen Bedingungen eine Gouvernante, vorzugsweise eine junge Französin oder Engländerin durch das Comptoir von

Clemens Warnecke in Braunschweig.

Das concess. **Commissions- u. Gesinde-Vermiethungs-Büreau v. E. Berger,** Bischofsstr. 7, empfiehlt für alle Fächer tüchtige **Beamten** und **Domestiken.**

Zur Kirmes, Sonntag und Montag, ladet ergebenst ein: **Anders,** im letzten Heller.

Ein dauerhafter Brettwagen mit eisernen Axen steht zum Verkauf: Kloster-Straße Nr. 13, im Hofe.

Altbüsserstraße Nr. 12 sind in erster Etage die beiden Vorderzimmer sofort billig zu vermiethen. Nähere Auskunft wird Albrechtsstraße Nr. 57 im Gewölbe ertheilt.

Zu vermiethen.
ist Schuhbrücke 34 der erste Stock und zwei möblirte Stuben, Messergasse 3 eine große und eine kleine Wohnung.

1 auch 2 möblirte Stuben
mit und ohne Kabinet, sind zu vermiethen und bald zu beziehen, am Ohlauer Stadtgr. 19.

Albrechtsstr. 24, 1 Treppe, ist eine möblirte Stube nebst Kabinet zu vermiethen.

Eine gut eingerichtete **Bäckerei,** am hiesigen Orte, ist wegen eingetretenem Todesfall, sofort oder Weihnachten d. J. zu vermiethen. Das Nähere Mühlgasse Nr. 65.
Brieg, den 8. Novbr. 1849.

Ein sehr geräumiges Quartier, bestehend aus 3 Stuben, große Alkove, verschlossenem Entrée, Glasgang, Keller und Bodengelaß, ist bald oder Neujahr zu beziehen: Kupferschmiedestr. 46, im 2ten Stock.

Eine Wohnung, bestehend aus Entree, 3 bis 4 Zimmern nebst Kabinet und Stallung für 2 Pferde, möglichst mit einem Gärtchen, wird zu Weihnachten gesucht. Näheres ist Matthiasstr. 8, 1 Stiege hoch zu erfragen.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.
Herr Hösler aus Ungarn. Kaufmann Braun aus Freiberg. Kaufmann Rahlenberg und Herr Seeber aus Wien. Geheimer-Regierungs-Rath Tschirner aus Liegnitz. Kammerherr v. Elsner aus Zieserwitz. General-Staabsarzt Dr. Grimm, Eisenbahn-Direktor von Maaßen und Reise-Postmeister Baldt aus Berlin. Kreis-Richter Klose aus Leobschütz. General-Major von Röder aus Sohlau. Gutsbesitzer von Nostitz aus Stubendorf.

8. u. 9. Nov.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	28″0,52‴	28″1,04‴	28″0,96‴
Thermometer	+ 9,3	+ 8,7	+ 10,0
Windrichtung	W	NW	WNW
Luftkreis	überw.	bedeckt.	überw.

Getreide- Oel- u. Zink-Preise.

Breslau, 9. November.

Sorte:	beste	mittle	geringste
Weizen weißer	56 Sg.	50 Sg.	42 Sg.
„ gelber	52 „	46 „	38 „
Roggen . .	28 „	26 1/2 „	25 „
Gerste . .	24 1/2 „	23 „	21 „
Hafer . . .	17 1/2 „	16 1/2 „	15 1/2 „

Rother Kleesaamen . 8 3/4 bis 11 Thlr.
Weißer „ . 5 1/2 bis 11 „
Spiritus 7 1/12 bis 7 1/8 bez.
Rohes Rüböl 14 1/3 Thlr.
Zink
Rapps 105. 103. 101.
Rübsen 100. 98. 96.

Auktion in Breslau.

Den 10. November, Vormittags 10 Uhr, Breitestraße 42, Cigarren, Wein, Rum.

Börsenberichte.

Paris, 6. November. 3% 55. 75. 5% 87. 90.

Berlin, 8 November. Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindner 3 1/2% 94 à 93 bez. und Gld. Krakau-Oberschlesische 4% 68 bez. und Gld., Prior. 4% 85 1/2 Br. Friedrich-Wilhelms Nordbahn 53 1/4 à 52 5/8 bez. Niederschlesisch-Märkische 3 1/2% 83 bez. und Br., Prior. 4% 93 1/2 bez., Prior. 5% 102 1/4 Gl., 3/8 Br. Ser. III. 5% 100 7/8 Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 31 Br., Prior. 5% 88 Gl. Oberschlesische Litt. A. 3 1/2% 106 Br., Litt. B. 103 3/4 bez., 1/2 Gl. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% 106 à 1/8 bez. Staats-Schuld-Scheine 3 1/2% 88 3/8 bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 101 5/8 Gld. Posener Pfandbriefe 4% — — 3 1/2% 89 1/2 bez. Preußische Bank-Antheile 95 1/2 bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% 96 Gld., neue 4% 95 3/8 Br. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 81 Gl., à 300 Fl. 110 Gl.

Fernere Verkäufe, namentlich für Hamburger Rechnung verursachten ein weiteres Weichen sämmtlicher Eisenbahn-Aktien, von welchen namentlich Hamburger, Potsdamer, Köln-Mindener, Magdeburg-Wittenberger, Friedrich-Wilhelm-Nordbahn und Halle-Thüringer bedeutend niedriger verkauft wurden. Fonds bis auf Bank-Antheile waren fest und zum Theil etwas höher.

Wien, 8. November Bei sehr beschränktem Umsatz wurden einige Fonds und Eisenbahn-Aktiengattungen etwas besser bezahlt. Comptanten und Devisen fast unverändert. 2 1/4 Uhr. 5% Metal. 93 5/8 bis 3/4; 4 1/2% 83 3/4 bis 7/8; Nordbahn 107 bis 107 1/8; Pesther 75 bis 75 1/2.

Breslau, 9. November. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Hol-
ländische Rand-Dukaten 95 1/2 Gl. Kaiserliche Dukaten 95 1/2 Gl. Friedrichsd'or 113 1/2
Br. Louisd'or 112 7/12 Br. Polnisches Courant 95 5/6 Gl. Oesterreichische Banknoten
95 1/12 Gl. Seehandlungs-Prämien-Scheine 101 1/2 Gl. Freiwillige Preußische Anleihe 106
Gl. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rthlr. 3 1/2% 88 5/6 Br. Breslauer Stadt-
Obligationen 3 1/2% 96 3/4 Gl. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 99 3/4 Gld., neue
3 1/2% 90 Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3 1/2% 95 1/6 Br., Litt. B. 4%
99 1/4 Br., 3 1/2% 93 Br. Alte polnische Pfandbriefe — — neue 95 5/12 Br. Polnische
Anleihe 1835 à 500 Fl. 81 1/2 Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Frei-
burger 4% 77 1/4 Br., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. 106 3/4 Br., Litt. B.
104 Br. Krakau-Oberschlesische 69 Br. Niederschlesisch-Märkische 84 3/4 Br., Pri-
orität 5% 102 Gl. Serie III. 100 3/4 Gl. Neisse-Brieger 41 3/4 Br. Köln-Minde-
ner 95 1/2 Br., Priorität 102 5/6 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 54 Br. —

Redakteur: Nimbs.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.